

# Unser Team für die Gemeindewahlen 2023

## und unser Programm (deutsche Fassung) **Liste 8**



**Myriam Cecchetti**  
57, Sanem  
*enseignante, députée, anc. conseillère  
communale et échevine*



**Jos Piscitelli**  
64, Belvaux  
*fonctionnaire d'Etat e.r.  
conseiller communal*



**Patrizia Arendt**  
61, Sanem  
*chargée de cours e.r.  
conseillère communale*



**Irina Holzinger**  
40, Belvaux  
*bibliothécaire-documentaliste  
coordinatrice de déi Lénk Suessem*



**Pietro Benedetti**  
64, Sanem  
*consultant e.r.*



**Steve Biver**  
37, Sanem  
*attaché parlementaire*



**Mirka Costanzi**  
35, Soleuvre  
*assistante sociale  
pédagogue de théâtre*



**Franky Gilbertz**  
39, Belvaux  
*cheminot*



**Carmen Krier**  
36, Belvaux  
*vendeuse*



**Romy Massard-Reinert**  
61, Soleuvre  
*infirmière e.r.*



**Tania Mousel**  
33, Belvaux  
*bibliothécaire-documentaliste*



**Pierre Mousel**  
63, Belvaux  
*enseignant e.r.*



**Maria de Lurdes  
Pereira de Azevedo**  
45, Belvaux  
*aide-éducatrice*



**Dany Pereira Figueiredo**  
30, Belvaux  
*ingénieur en génie civil*



**Sandra Philipps**  
50, Belvaux  
*employée d'Etat*



**Olivier Seyler**  
27, Belvaux  
*chauffeur-livreur*



**Serge Urbany**  
71, Sanem  
*juriste e.r., anc. député*

**déi Lénk**   
**GEMENG SUESSEM**

## Unser Programm für die Gemeindewahlen 2023

### Méi fir Suessem - Rësel deng Gemeng !

#### A) SUESSEM brauch méi Liewensqualität 4 - 16

- 1) Verkehr 4 - 6  
Das interkommunale Syndikat TICE; neue öffentliche Transportkonzepte;  
„Sanfte Mobilität“;
- 2) Umwelt 6 - 10  
Naturschutz; Gewässerschutz und Wasserwirtschaft; Raumgestaltung;  
Erneuerbare Energien: Solarenergie, Windenergie;  
Industrie: Sorgenkinder Kronospan & Gadderscheier
- 3) Wohnen 10 - 12  
Fokus auf öffentlichen Mietwohnraum; Mieterschutz
- 4) Arbeiten - Wirtschaft 12 - 14  
Eine nachhaltige Wirtschaftsplanung; Die Gemeinde : wirtschaftliche Akteurin  
und Arbeitgeberin; keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen;  
Förderung der Solidarwirtschaft und der Kreiswirtschaft
- 5) Finanzen 14 - 16  
Gewerbsteuer erhöhen und harmonisieren; Gemeindetaxen sozial gerechter  
gestalten; Wassertaxe; Mülltaxe; weitere Einnahmen; CIPA\_REWA

#### B) SUESSEM brauch méi sozial Gerechtegkeet 17 - 27

- 6) Schule & Kinder 17 - 20  
Die Kinder in die Mitte der Gesellschaft stellen ; Schule und Erziehung ; Inklusion,  
Chancengleichheit, individuelle Förderung ; Kinderrechte
- 7) Jugend & Studenten 20 - 22  
Betreuung, Bedürfnisse, Verantwortung ; Studierende
- 8) 3. Alter 22 - 23  
In Würde alt werden
- 9) Soziales & Solidarität 23 - 24  
Auf die besonderen Bedürfnisse eingehen; Solidarität
- 10) Kultur & Sport 24 - 27  
Die kulturelle Vielfalt leben; Erbe und Kollektives Gedächtnis wahren  
Kultur & Sport nicht exklusiv, sondern inklusiv denken

#### C) SUESSEM brauch méi Biergerbedeelegung 28 - 29

- 11) Demokratie, Mitbestimmung, Bürgerbeteiligung 28 - 29  
Gleichstellung aller Gemeinderät.inn.e.n ; Transparente und zeitnahe Informationspolitik ;  
Informieren ≠ kommunizieren, mit einbeziehen; Sanem « safe space » für Alle

## 45 **Méi fir Suessem !**

46

47 Wir durchleben eine Zeit multipler Krisen. Wohnen ist für Viele unerträglich  
48 teuer geworden, die soziale Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter  
49 auseinander und der Klimawandel und der Verlust an Biodiversität bedrohen  
50 unsere Lebensgrundlage. Diese Krisen haben einen gemeinsamen Nenner: die  
51 kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur. Um dieser zerstörerischen  
52 Tendenz entgegenzuwirken, brauchen wir eine Politik, welche die soziale Frage  
53 mit der ökologischen Frage verbindet und dies nicht über die Köpfe der  
54 Menschen hinweg, sondern mit ihnen.

55 Eine solche Politik ist auch möglich in den Gemeinden. Wir treten deshalb an mit  
56 einem Wahlprogramm, das auf Veränderung setzt in drei Richtungen: Mehr  
57 Lebensqualität, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Bürgerbeteiligung.

58 Dazu gehören der konsequente und sofortige Ausbau des öffentlichen  
59 Verkehrsnetzes, die Unantastbarkeit der verbleibenden Wälder und  
60 Naturschutzzonen, der Ausbau der Solarenergie in den Ortschaften, ein  
61 kommunales Dringlichkeitsprogramm für Wohnungen die zu bezahlen sind, eine  
62 Finanz-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Menschen und  
63 ihres natürlichen Umfeldes, neue Möglichkeiten für Kinder, Jugendliche und  
64 Studierende, für ältere Menschen, mehr soziale Unterstützung und Solidarität in  
65 der Gesellschaft. Wir wollen die kulturelle Vielfalt und den Sport fördern. Und  
66 wir wollen vor allem mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung und  
67 Bürgerbeteiligung und weniger Eventpolitik und Promoting der  
68 Bürgermeisterpartei.

69 Lesen Sie unsere konkreten Vorschläge und Ideen auf den folgenden Seiten.

70

## 71 **Rësel deng Gemeng !**

72

## 73 **A) SUESSEM brauch méi Liewensqualität**

74

### 75 **Verkehr**

76

77 *Wir Menschen sind ständig in Bewegung. Das hat mit dem Drang nach individueller Freiheit zu*  
78 *tun. Aber dieser Drang muss anders befriedigt werden, denn wir riskieren den totalen Kollaps,*  
79 *wenn weiter jede.r sein Privatauto benutzen möchte. Es wird höchste Zeit verstärkt auf*  
80 *kollektive Verkehrsmittel „umzusteigen“ und die „mobilité douce“ voranzutreiben. Die*  
81 *Gratuität des öffentlichen Transports hat den Zugang zu den Verkehrsnetzen ungeheuer*  
82 *demokratisiert. Damit diese Maßnahme ein wirklicher Meilenstein in der Verkehrspolitik wird,*  
83 *bedarf es jetzt massiver Investitionen in das Zug-, Bus- und Tramnetz, sowie in Fahrradwege*  
84 *und Fußgängerwege die barrierefrei und für alle zugänglich und sicher sind.*

85

86 **Unsere Gemeinde muss sich bei staatlichen Stellen und beim Syndikat TICE in folgende Richtungen**  
87 **einsetzen:**

88

- 89  Das interkommunale Busnetz-Syndikat TICE soll konsequent ausgebaut werden und in  
90 öffentlicher Hand bleiben und weiterhin substanziell vom Staat subventioniert werden. Zudem  
91 soll geprüft werden, wie das Angebot an Abend- und Nachtverbindungen (Latenightbus auch  
92 aus der Hauptstadt) am Wochenende, aber auch in der Woche verbessert werden kann.
- 93  Die Abstimmung der Fahrpläne auf die Abfahrt- und Ankunftszeiten der Züge an den  
94 Bahnhöfen, vor allem in Käerjeng-Suessem, muss endlich gewährleistet sein und darf nicht an  
95 der notorischen Unbeweglichkeit des TICE scheitern. (Wir hatten diese Forderung schon 2017  
96 im Wahlprogramm und trotz ständiger Erinnerungen daran im Gemeinderat, ist nichts  
97 geschehen! Die Wartezeiten sind oft groß und behindern die Nutzung des öffentlichen  
98 Transports). Ggbf. soll die Gemeinde Eigeninitiativen ergreifen.
- 99  Das geplante Park & Ride am Bahnhof in Käerjeng-Suessem ist jetzt prioritär, da es neue Pläne  
100 für den „Contournement de Bascharage“ gibt. Auch am neuen Bahnhof Beles-Zentrum soll  
101 genügend Parkraum geschaffen werden. An diesen Bahnhöfen sollen auch Carsharing-  
102 Möglichkeiten (Nutzung von öffentlichen PKW) geschaffen werden.
- 103  Die Sudtram, die über Belval bis zum Gemeindehaus geplant ist, soll nicht erst 2035 kommen,  
104 sondern noch in dieser Wahlperiode (2023-2029) in Angriff genommen werden. Das gleiche  
105 gilt für die geplante neue Zughaltestelle Beles-Zentrum und den „pôle d'échange“ bei der  
106 Gemeinde, welcher Tram, CFL und den neuen BNHS (bus à haut niveau de service) zwischen  
107 Esch und Beles verbinden wird. (déi Lénk treten dafür ein, dass die Tram ein öffentliches  
108 Unternehmen wird).
- 109  Die im Plan National de Mobilité (PNM2035) geplante neue, direkte Zugverbindung zwischen  
110 Differdingen, Bascharage-Sanem und Luxemburg über ein neues Eisenbahndreieck in Höhe der  
111 „Dreckwis“ und des „Hanebësch“ kann ein sinnvoller Beitrag zur regionalen Mobilität sein,  
112 unter der Voraussetzung, dass die Eingriffe in die Naturschutzgebiete sich auf diese  
113 Ausweitung begrenzen und mit keinen weiteren Straßenbauprojekten verbunden sind.

114

115 **Die neuen öffentlichen Transportkonzepte erlauben es den Gemeinden, auch im individuellen**  
116 **motorisierten Verkehr neue Wege zu gehen und neue Ideen zu verwirklichen, z.B. in folgende**  
117 **Richtungen:**

118

- 119  Die betroffenen Einwohner.innen in den Vierteln und Ortschaften der Gemeinde wissen am  
120 besten, welche Maßnahmen Sinn machen und müssen stärker mit eingebunden werden. In  
121 Zukunft soll die Gemeinde regelmäßig Begehungen mit den Einwohner.innen in den

122 Ortschaften und Vierteln organisieren, damit gemeinsam nach Lösungen gesucht werden  
123 kann. Anschließend sollen die gesammelten Erkenntnisse in Bürgerforen diskutiert und  
124 mögliche und notwendige Ansatzpunkte zur Verkehrsberuhigung und Reduzierung des Lärms  
125 festgehalten und umgesetzt werden.

126  Die Möglichkeit zusätzlicher Tempolimits auf allen Straßen, auch auf Haupt- und  
127 Durchgangsstraßen, auch mittels Rückbaus von Straßen, ist dabei anzustreben. In der direkten  
128 Umgebung von Schulen, Maison Relais, dem Altersheim, den Sport- und Kulturzentren soll  
129 Tempo 30 durchgesetzt werden.

130  Berufspendler, Busse und LKWs sollen auf bestehenden Routen, auch der Collectrice du Sud,  
131 besser durch die Stoßstunden geschleust werden. Dazu gehören Verkehrsregulierungen und,  
132 wenn nötig, Geschwindigkeitsbegrenzungen, um den Verkehr flüssiger zu machen.

133  Es wird zurecht beklagt, dass Ponts&Chaussées und Gemeinde es nicht fertigbringen, ihre  
134 Baustellen miteinander zu koordinieren und somit für zusätzliches Verkehrschaos sorgen.  
135 Dabei kann es keine einseitigen Schuldzuweisungen geben. Beide sollen besser  
136 zusammenarbeiten.

137  Nachdem das Transportministerium offiziell die verheerende Variante des Kärjenger  
138 Contournement durch zwei Waldmassive aufgegeben hat (was dem von den  
139 Umweltorganisationen und der BIGS geforderten MORATORIUM gleichkommt), soll die  
140 Gemeinde aktiv in der nun wieder eröffneten Diskussion nach naturschonenden Alternativen  
141 suchen, um die Verkehrsprobleme in der Region zu lösen. Als eine der Grundlagen sollte das  
142 gemeinsame Gutachten des Gemeinderates vom 4.7.2016 und die Position vor dem  
143 Verwaltungsgericht in der im gleichen Jahr eingeleiteten Prozedur gegen das Vorhaben einer  
144 Umgehungsstraße dienen. Das schließt eine mögliche direkte Anbindung der Industriezonen  
145 in Bascharage an den CR110 beim Bahnhof nicht aus, nach entsprechenden Impaktstudien.  
146

147 **Weg von der Benutzung der „sanften Mobilität“ als Aushängeschild. Gut angebundene, sichere**  
148 **Fußgänger- und Fahrradwege für den alltäglichen Gebrauch der Menschen in den Ortschaften**  
149 **müssen vor allem jetzt schon vorbereitet und konkret umgesetzt werden, was bisher nicht**  
150 **geschehen ist.**

151  
152  Die Fußgänger sollen Priorität genießen: gut beleuchtete Fußgängerstreifen mit besonders  
153 auffälliger Signalisation, Bürgersteige oder separate, von der Straße, aber auch, wo möglich,  
154 von den Radwegen getrennte, begrünte Gehwege. Wir wollen einen Sechsjahresplan bis zu  
155 den nächsten Wahlen mit einem festen, jährlich zu überprüfendem Investitionsplan aufstellen.  
156 Natürlich wissen wir, dass viele Straßen Staatsstraßen sind. Das geht also nur über politischen  
157 Druck auf Straßenbauministerium und „Ponts et Chaussées“.

158  Radfahrer: an oberster Stelle müssen bessere, komplett abgesicherte Verbindungen zwischen  
159 Wohn- und Arbeitsorten, bzw. Einkaufsorten stehen. Als erstes sollte eine konkrete  
160 Bedürfnisermittlung erfolgen. Der Masterplan 2030 der Gemeinde ist hier zu unverbindlich.  
161 Wir brauchen z.B. einen Plan zur Schaffung von Wegerechten (servitudes) bei jedem  
162 Teilbebauungsplan und im allgemeinen Bebauungsplan. Nur so werden wir ein  
163 zusammenhängendes Netz von sanfter Mobilität bekommen!

164  Dort wo es Fahrrad- und Fußgängerwege gibt (wie z.B. die neue „mobilité douce“-Brücke auf  
165 Belval), müssen sie extra beschildert und auf frei erhältlichen Straßenkarten angewiesen  
166 werden...

167  Der konsequente Ausbau des Vél'Ok-Netzes in sämtlichen Teilen der Gemeinde soll  
168 vorangetrieben werden.

169  Zudem müssen diebstahlsichere, überdachte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an den  
170 Bahnhöfen, Bushaltestellen, öffentlichen Einrichtungen und bei Geschäften gewährleistet  
171 werden.

172  Ein einheitliches, öffentliches Car-Sharing-System (gemeinschaftlich genutzte Autos) für alle  
173 Gemeinden des Landes und von eigenen Parkplätzen, auch für Fahrgemeinschaften, in den

174 Stadtvierteln und Dörfern, soll auch von unserer Gemeinde gefördert und unterstützt werden.  
175 (siehe auch unter Kapitel Umwelt)  
176

## 177 Umwelt

178

179 „Aufgrund der menschlichen Eingriffe in die Natur und der damit einhergehenden Veränderung  
180 der Lebensräume ist Umweltschutz unerlässlich geworden“ (Zitat aus NaturPakt – SICONA /  
181 Natur- und Umweltschutzstrategie, Gemeinde Sanem 01.03.2023) Alle Maßnahmen, die in  
182 diesem Strategiepapier festgehalten sind, finden unsere Unterstützung.

183

### 184 Die Natur wirklich schützen bedeutet:

185

186  Die wenig übriggebliebenen Wälder und Naturzonen in unserer Gemeinde sollen als die  
187 wertvollsten Güter der Menschheit (patrimoine humain) geschützt und erhalten und nicht auf  
188 dem Altar der politischen Kompromisse geopfert werden. Sie müssen als unantastbar erklärt  
189 werden. Dazu gehören der jahrhundertalte Bobesch, die bereits stark beeinträchtigten  
190 Dreckwis und Hanebesch, die beiden Natura2000-Zonen „Sanem - Grousebesch / Schouweiler  
191 – Bitchenheck » und „Lias Moyen“ (Vogelschutzzone), die alle von Straßenbau-Plänen stark  
192 bedroht bleiben. Allein das im PNM2035 vorgesehene neue Eisenbahndreieck nach Luxemburg  
193 soll, nach Impaktstudie, in der Dreckwis noch gebaut werden können, um Alternativen für  
194 den öffentlichen Transport zu eröffnen.

195  Die Erhöhung (Plateau) beim Wasserturm in Sanem soll als weiteres Wahrzeichen („butte  
196 témoin“) neben Pakebierg, Lëtschëf, Zolwerknapp, und Galgebiert anerkannt und im  
197 allgemeinen Bebauungsplan unter besonderen Schutz gestellt werden, zusammen mit dem  
198 bisher noch intakt gebliebenen Tal und den extensiven Mähwiesen bis nach Niederkorn.

199  Die wenigen verbleibenden Waldbestände dort („Haneboesch“) sollen erhalten, weiter als  
200 Mischwald aufgeforstet und wieder zugänglich gemacht werden.

201  Die Gemeinde soll im PAG weitere kommunale schützenswerte Landschaften und Gebiete mit  
202 großer biologischer Vielfalt ausweisen und Leitfäden für deren Schutz erstellen und, wie im  
203 „Pacte nature“ vorgesehen, weitere Biotope schaffen. Das neuangelegte Biotop beim  
204 Schlakentipp Eilereng muss geschützt werden.

205  Bestehende, kleine Grünoasen, die als Ruhezone Schutz gegen Lärm und Abgase bieten, wie  
206 z.B. der Parc Pierre Greisch in Beles müssen in allen Ortskernen erhalten oder geschaffen  
207 werden und dürfen nicht Parkplätzen zum Opfer fallen. In allen Ortsteilen sollen öffentliche  
208 Orte für das Zusammenleben geschaffen werden, möglichst barrierefrei, autofrei, mit z.B.  
209 Seniorenwohnungen, Spielplätzen, kleinen Parks, kleinen öffentlichen Gemüsegärten. Shared  
210 Space Projekte wie im Zentrum von Beles dürfen nicht zu Betonwüsten werden.

211  Wie in Beles (Matgesfeld) und in Sanem sollen gemeinschaftliche Gartenprojekte,  
212 Schrebergärten und innerörtlicher Anbau von Obst und Gemüse gefördert werden, unter  
213 Verzicht auf Pestizide und mit aktiver Beteiligung der Bürger.innen.

214  Die Gemeinde soll auf ihrem Territorium Gebiete für ökologische Kompensationen ausweisen.  
215 Verluste an Biodiversität durch Eingriffe in die Natur für den Bau wichtiger kommunaler  
216 Infrastrukturprojekte (Schulen usw.) sollen auf diesen Flächen lokal kompensiert werden  
217 können – wobei zu bedenken ist, dass alte Baumbestände und Waldmassive nicht  
218 kompensierbar sind und erhalten bleiben müssen

219  Auf öffentlichen Anlagen sollen nur einheimische Bäume, Hecken und Pflanzen angepflanzt  
220 und soll auf Pestizide verzichtet werden. Bei allen Neubauten oder Renovierungsarbeiten  
221 sollen die Besitzer.innen zu diesem Thema sensibilisiert werden.

222  Die Einhaltung der Vorschriften für den Einsatz von Pestiziden und anderen Schadstoffen auf  
223 dem Gemeindegebiet soll überwacht und bei Verstößen sollen gemeinsam mit den  
224 zuständigen Stellen geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

225  Auf Landwirtschaftsflächen, die von der Gemeinde verpachtet werden, sollte keine  
226 Monokultur (Rollrasen) betrieben werden. Die Kleintierzuchtanlage im Matgesfeld ist für die  
227 Erhaltung der Biodiversität wichtig, da hier z.T. vom Aussterben bedrohte Kleintierarten  
228 gezüchtet und erhalten werden.

229  Haushalte sollen bei der Gestaltung ihrer Grünflächen und durch die Bereitstellung von Samen  
230 und Setzlingen vom „Service Ecologique“ der Gemeinde beraten werden.

231

### 232 **Gewässerschutz und Wasserwirtschaft.**

233 *Der Erhalt der Trinkwasserqualität und die Instandhaltung der (Ab)Wasserinfrastruktur gehören zu den*  
234 *zentralen Aufgaben der Gemeinde. Neben den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, muss die*  
235 *Wasserwirtschaft als wichtiges Kriterium bei allen Etappen der Gemeindeentwicklung maßgeblich*  
236 *miteinfließen.*

237

238  Die Wasserquellen in der Gemeinde sollen in den Flächennutzungsplan (PAG) der Gemeinde  
239 aufgenommen werden. Die Gemeinde soll Trinkwasserschutzzonen in Absprache mit dem  
240 Wasserwirtschaftsamt einrichten, um die Qualität dieser Wasserquellen zu schützen.

241  Die Versiegelung von Flächen, ebenso wie die Produktion von Rollrasen, soll reduziert werden,  
242 um ein gleichmäßiges Absickern des Wassers zu ermöglichen und Überschwemmungen  
243 besonders in überschwemmungsgefährdeten Gebieten wie in Sanem (Taupeswiss)  
244 vorzubeugen. Es müssen in solchen Gebieten genügend Wasserauffangbecken installiert  
245 werden.

246  Die Renaturierung der Wasserläufe und die kontinuierliche Überprüfung der Wasserqualität  
247 soll prioritär weitergetrieben werden, sowie im Naturpakt vorgesehen

248  Die Gemeinde muss einen Aktionsplan zu den Gebieten aufstellen, in denen  
249 Regenwasserauffangbecken und deren Nutzung sinnvoll ist, wie z.B. bei kommunalen  
250 Gebäuden, zum Bewässern von Anlagen oder zum Waschen von Gemeindefahrzeugen.

251  Alle neuen Teilbebauungsplänen sollen Platz für Regenwasserauffangbecken und doppelte  
252 Wasserleitungen vorsehen.

253  Finanzielle Unterstützung soll für den Bau privater Regenwassersammelbehälter und  
254 technischer Hilfsmittel zur Einsparung von Trinkwasser gewährt werden.

255

### 256 **Wohnen und Raumgestaltung**

257

258  Die Gemeinde soll einen Leitfaden für ökologisches Bauen erstellen (ist im Naturpakt teilweise  
259 vorgesehen), der bei allen zukünftigen Bauprojekten befolgt werden muss. In neu  
260 entstehenden Vierteln soll platzsparend und naturbezogen gebaut werden. Neben privaten  
261 Gärten sollen gemeinschaftliche Gärten zur Stärkung des sozialen Austauschs und zum Schutz  
262 der biologischen Vielfalt mitgeplant werden. Schottergärten sollen in Zukunft im  
263 Bautenreglement unterbunden werden.

264  Die urbanistischen Fehler, die auf Belval gemacht wurden und in einer Studie der Uni Luxemburg heftig  
265 kritisiert und leider auch weiter umgesetzt werden, dürfen nicht mehr vorkommen.

266  Die Gemeinde hat Entwicklungspotential genug. Die natürlichen Räume und die noch  
267 bestehenden Bäume und Waldmassive mit ihrer Biodiversität und ihrer Bedeutung für die  
268 Naherholung sollen als entscheidendes strukturierendes Element der Gemeinde intakt  
269 erhalten bleiben. Der Zersiedlung und Fragmentierung der Landschaften muss Einhalt geboten  
270 werden.

271  Unsere Straßen sollen nicht systematisch von Bauklötzen verunstaltet werden. Die Gemeinde  
272 muss die nötigen Instrumente gegen diesen Wildwuchs in die Hand bekommen. Sie soll auch  
273 in bestehenden Vierteln unentgeltlich Terrain ab einer gewissen Anzahl von Wohnungen  
274 erhalten, um öffentliche Wohnungen und andere kollektive Infrastrukturen, aber auch Gärten

275 und andere Grünflächen entstehen lassen zu können. Architektonisch und für das Straßenbild  
276 interessante Gebäude sollen besser geschützt werden als das bisher der Fall ist.

277  Derzeit sieht das Bautenreglement der Gemeinde prinzipiell vor, dass jede Wohnung über zwei  
278 überdachte Parkplätze verfügt. Dieser Parkschlüssel führt zu einer starken Steigerung der  
279 Baukosten und hat hohe ökologische Kosten (Aushub und Transport usw.).  
280 Teilbebauungspläne neu entstehender Viertel sollen zukünftig geringere Parkschlüssel  
281 vorsehen und den Wohnraum vom Auto trennen, indem kollektive oberirdische  
282 Parkmöglichkeiten am Rand der Viertel geplant werden. Die Kosten könnten so drastisch  
283 gesenkt und die Viertel autofrei und bürgerfreundlich gestaltet werden. In diesen neuen  
284 Vierteln soll die sanfte Mobilität mit Fuß- und Radwegen prioritär eingeplant und Plätze für  
285 kommunales Carsharing und Fahrgemeinschaften reserviert werden.

286  Da viele Menschen einen Hund als Haustier halten und das „Hundekotproblem“ in unserer  
287 Gemeinde nicht zufriedenstellend gelöst wurde, schlagen wir vor, dass, wie in anderen  
288 Gemeinden, Teile von Wiesen als „Muppewiss“ gekennzeichnet werden und wenigstens hier  
289 Mülleimer mit Tütenspender installiert werden.

290

## 291 Energie

292

293  Die Gemeinde soll eine Erhebung des Potenzials für die Erzeugung nichtfossiler Energie in den  
294 Bereichen Photovoltaik, Windenergie, Wärmepumpen, oberflächennahe Geothermie  
295 vornehmen.

296  Auch öffentliche Bauträger, die in der Gemeinde aktiv werden, sollen auf erneuerbare  
297 Energieträger setzen (und nicht, wie die SNHBM bei ihren Projekten Geessewee und Belval-  
298 Nord, noch auf Gasheizungen).

299  Die Gemeinde soll dezentrale individuelle und genossenschaftliche Initiativen zur alternativen  
300 Energieerzeugung fördern, sich aber auch an, aus großen Wärmepumpen, Photovoltaik und  
301 Windenergie gespeisten, Fernwärmenetzen beteiligen.

302  Mindestkriterien für Energieeffizienz sollen in der kommunalen Bauordnung  
303 niedergeschrieben werden (Energiesparmaßnahmen und Förderung erneuerbarer Energien).  
304 Für Neubauten soll die obligatorische Versorgung ausschließlich mit erneuerbaren Energien im  
305 Bebauungsplan vorgeschrieben werden, dem Beispiel von Wiltz folgend.

306  Die Gemeinde soll sich intelligenten Stromnetzen, die alternative Energiequellen integrieren  
307 (smart grids), anschließen, dabei aber die demokratische Kontrolle und die informationelle  
308 Selbstbestimmung der BenutzerInnen respektieren.

309  Die Kompetenzen der "Climat-Agence" sollen genutzt werden, um einen Plan für die sukzessive  
310 energetische Renovierung der alten Wohn- und Geschäftsgebäude der Gemeinde und die  
311 Beratung und Unterstützung der Bürger.innen und Unternehmen in Energie- und  
312 Umweltfragen in die Wege zu leiten.

313

314 (Weitere Ideen unter Kapitel Sozialpolitik)

315

## 316 Solarenergie

317

318  Photovoltaikanlagen sollen wo möglich auf allen Gebäuden, die sich im Besitz der Gemeinde  
319 befinden, installiert werden, und gemeindeeigene Parkings (beim Service technique, beim  
320 Artikuss, und viele andere mehr) sollen mit Photovoltaik-Panels überdacht werden  
321 („ombrières“).

322  Alle neuen Viertel sollen in den Bebauungsplänen so ausgerichtet werden, dass die  
323 Solarenergie möglichst effizient genutzt werden kann, unter Beachtung gewisser  
324 Schutzmaßnahmen wie Brandschutz. Das bestehende Solarkadaster soll aktiv dazu benutzt

325 werden, um die Menschen zu motivieren, auf Solarenergie umzurüsten mit dem konkreten  
326 Hinweis auf finanzielle Hilfen. Die Produktion von Strom über Solaranlagen durch Hausbesitzer  
327 und Kooperativen soll gefördert werden.

328

### 329 **Windenergie**

330

331  Die Gemeinde soll den Bau der angedachten Windräder auf ihrem Territorium, unter  
332 Beachtung des Schutzes der Einwohner und der Vögel, vorantreiben. Die Windkraft soll jedoch  
333 sozial und demokratisch genutzt werden. Anstatt die Finanzierung und die Produktion Privaten  
334 zu überlassen, soll eine gemeindeeigene (bzw. interkommunale) Energiekooperative Trägerin  
335 dieser Projekte werden, um den interessierten Bewohner.innen so eine wirkliche Teilhabe zu  
336 ermöglichen. Deshalb sind wir auch gegen die zentrale Festlegung der Standorte durch die  
337 Regierung und haben das beim Gutachten des Gemeinderates zum PDAT kundgetan.

338

### 339 **Industrie**

340

341 *Neue Industriebetriebe im traditionellen industriellen Süden des Landes bringen eine notwendige*  
342 *Diversifizierung der Wirtschaft im „Bankenland“ Luxemburg. Voraussetzung ist aber generell, dass*  
343 *diese Betriebe sich an hierfür geeigneten Standorten ansiedeln, optimal an das Schienennetz oder die*  
344 *Autobahn angebunden sind, die Umweltauflagen erfüllen, die nötigen Maßnahmen zum Schutz der*  
345 *Gewässer und der Luft ergreifen und die vorgeschriebenen Grenzwerte in punkto Lärm, Geruch und*  
346 *Staubemissionen einhalten.*

347

### 348 **Kronospan – Sorgenkind Nr 1**

349 *Regelmäßig beschwerten sich Anrainer vieler Ortschaften (Sanem, Belvaux, Ehlerange, Soleuvre,*  
350 *Fousbann, Niederkorn, Oberkorn, Differdange) vor allem über Geruchs-, Lärm- und Lichtbelästigungen*  
351 *bei der Kronospan, ohne dass sich die Situation verbessert. Im November 2022 hat die Firma eine*  
352 *Vergrößerung des Betriebes beantragt. Wir sind der Meinung, dass eine Ausweitung der Produktion,*  
353 *ohne nach der Quelle und den Ursachen der derzeitigen Umweltbelastungen gesucht zu haben,*  
354 *unzulässig ist. Zuerst müssen die angeordneten und zugesagten Maßnahmen eingehalten werden, und*  
355 *die Umweltverträglichkeitsprüfung muss alle aktuellen und zu erwartenden Belastungen umfassen, um*  
356 *den wahren Impakt einzuschätzen. Inmitten der Klimakrise müssen alle Emissionen von Treibhausgasen*  
357 *und Nebenwirkungen kontrolliert und auf ein striktes Minimum reduziert werden.*

358

### 359 **Die Gemeinde soll sich gegenüber der Kronospan und dem Staat einsetzen für:**

360  Anwendung der neuesten Technologie (Wasserdampfbefeuchtung) und Anpassung der  
361 Filteranlagen und Höhe der Schornsteine, um die Luftemissionen und Geruchs- und  
362 Staubpartikel zu reduzieren;

363  Lärmdämmung durch Überdeckung von allen Bereichen wo auf- und abgeladen wird;

364  Zulieferung von Holz hauptsächlich über das Schienennetz und nicht mehr über Lastwagen;

365  Einrichtung einer dringend notwendigen technischen Überwachungsanlage die den  
366 Hauptwasserauslauf in die Gewässer (Chiers) kontrolliert;

367  Maßnahmen hinsichtlich der Reduktion von Lichtquellen zum Schutz der nachtaktiven Fauna  
368 und um die Lebensqualität der Anrainer – auch nachts - zu garantieren;

369  Mitplanung der angekündigte Wärmekraftkopplungsanlage im Vorfeld der Erweiterung.

370

371

372

### 373 **Gadderscheier / Crassier – Sorgenkind Nr 2**

374 *Der Crassier Aleweier besteht aus verschiedenen Arten von Deponien (Bauschutt, Industriemüll), wo*  
375 *viele verschiedene Materialien gelagert werden. Sorgen machen muss man sich nach wie vor um das*  
376 *belastete Sickerwasser, das, in Anbetracht der trockenen Sommer und dem Risiko, dass die*

377 wasserundurchlässige Lehmschicht Risse bekommen kann , eine reelle Vergiftungs- und  
378 Verschmutzungsgefahr für unser Trinkwasser darstellt. Das Grundwasservorkommen (nappe  
379 phréatique) ist direkt unter dem Gebiet angesiedelt und somit direkt betroffen. Eine Pumpe soll zwar  
380 das Oberflächenwasser permanent kontrollieren und Alarm schlagen, wenn es zu einer Verschmutzung  
381 kommen sollte – aber dann ist die Verschmutzung schon erfolgt.

382

383 **Die Gemeinde soll sich gegenüber den Betreibern, Nutzern und dem Staat einsetzen für:**

- 384  Grundsanie rung und Abdichtung der Deponien, um damit das Risiko, dass Giftstoffe und  
385 belastendes Material durchsickern, auf ein Minimum zu reduzieren;
- 386  keine weiteren Genehmigungen erteilen ohne abgeschlossene EIE-Umweltbelastungsstudie;
- 387  substanzielle Kostenbeteiligung der Deponienutzer an der Sanierung, nach dem Prinzip des  
388 „pollueur-payeur“.

389

## 390 **Erschwingliches Wohnen**

391

392 *Die Gemeinde soll bei der Mobilisierung von Wohnraum und Grundstücksflächen für*  
393 *öffentliche Wohnpolitik proaktiver vorgehen; ein Großteil der Investitionen in bezahlbaren*  
394 *Wohnraum wird der Gemeinde vom Staat im Interesse der Schaffung öffentlichen Wohnraums*  
395 *zurückerstattet. Dazu gehört auch, dass die Gemeinde das notwendige Personal zur Verfügung*  
396 *stellt, um den erschwinglichen Wohnungsbau zu begleiten und zu unterhalten; auch hier*  
397 *beteiligt sich der Staat an den Kosten.*

398

- 399  Die Gemeinde soll ihren Service Logement personell ausbauen (den sie selbst im „Plan d’Action  
400 Logement“ als unterbesetzt bezeichnet hat).
- 401  Die Gemeinde soll, im Rahmen des PAL (Plan d’action Logement), ein Inventar der bebaubaren  
402 Grundstücke erstellen, die der Gemeinde, dem Staat oder anderen öffentlichen oder  
403 halböffentlichen Institutionen gehören. Anschließend soll im „groupe de travail logement“ und  
404 im Gemeinderat über die Möglichkeiten des Baus von erschwinglichen Wohnungen in  
405 Gemeindehand und in Zusammenarbeit mit dem Fonds de Logement und der Société  
406 Nationale des Habitations à Bon Marché (Nationale Gesellschaft für preiswerte Wohnungen)  
407 diskutiert werden.
- 408  Eine zusätzliche Möglichkeit besteht auch in der Gründung eines mit der Gemeinde  
409 konventionierten und vorfinanzierten gemeinnützigen Bauträgerunternehmens in Form einer  
410 Asbl, oder besser noch, einer „Société d’impact sociétal“ (SIS), bzw. eines „Etablissement  
411 d’utilité publique“, mit professionellem Personal aus dem Bausektor in enger Zusammenarbeit  
412 mit den zuständigen Gemeindediensten.
- 413  Die Gemeinde soll einen festen, substanziellen Anteil ihres Jahresbudgets für den Kauf von  
414 Terrain und die Schaffung kommunaler Unterkünfte (Neubau, Rückkauf mit Sanierung oder  
415 Renovierung) vorsehen.
- 416  Die im Pacte Logement 2.0 vorgesehene verpflichtende gratis Abtretung durch die Promotoren  
417 an die Gemeinden von bis zu 20% des bebaubaren Terrains bei Neubauvierteln mit mehr als  
418 25 Wohnungen soll von der Gemeinde besser als bisher wahrgenommen werden können, um  
419 bezahlbaren Wohnraum durch die Gemeinde zu schaffen.
- 420  Diese Verpflichtung soll gesetzlich auch auf größere Projekte in Altbauvierteln ausgedehnt  
421 werden können, wie der Gemeinderat in seinem Gutachten zum „plan directeur  
422 d’aménagement territorial“ (PDAT) für Staat und Gemeinden hervorhob.
- 423  Damit die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht beim Verkauf von Grundstücken für öffentliche kollektive  
424 Projekte im Rahmen der Wohnungsbeihilfen wirksamer nutzen kann, braucht es einer  
425 Verlängerung der Fristen und einer Verbesserung der Bedingungen, damit die Gemeinde die

- 426 notwendigen Unterstützungen mobilisieren und die Projekte planen kann (siehe auch  
427 Gutachten des Gemeinderates zum PDAT).
- 428  Bei jeder punktuellen Änderung des allgemeinen Bebauungsplanes oder der  
429 Teilbebauungspläne soll der dadurch entstehende Mehrwert beim Verkauf von Grundstücken  
430 gesetzlich der Gemeinde rückvergütet werden, um somit einen Immobilienfonds zu speisen,  
431 welcher es erlaubt, mehr Grundstücke aufzukaufen und öffentlich zu verwerten (Gutachten  
432 des Gemeinderates zum PDAT). Somit kann auch verhindert werden, dass die Gemeinden sich  
433 in Verhandlungen mit den Promotoren über den Tisch ziehen lassen.
  - 434  Die Gemeinde soll prinzipiell für die Erschließung neuer Finanzierungsquellen für den  
435 öffentlichen Wohnungsbau eintreten, darunter der Ausgleichsfonds für das allgemeine  
436 Rentensystem, anstatt dass dieser in seinem Immobilienanteil vorwiegend in Bürogebäude  
437 investiert.
  - 438  Solange es keine neue gesetzliche Basis gibt, soll die Gemeinde das abgeänderte Gesetz zum  
439 Pacte Logement vom 22.10.2008 anwenden, das den Gemeinden die Möglichkeit gibt, eine  
440 Taxe auf leerstehenden Wohnungen zu erheben und den Grundsteuersatz auf unbebautem  
441 Terrain zu erheben, auch wenn diese letzte Möglichkeit in einem jüngsten 1. Instanz-Urteil des  
442 Verwaltungsgerichtes begrenzt wurde. Die so generierten Einnahmen können von der  
443 Gemeinde für den Kauf von neuen Bauflächen und den Bau von Wohnungen genutzt werden.  
444 Prioritär aber sollen die Besitzer durch den Service Logement auf die Möglichkeit hingewiesen  
445 werden, über eine solidarwirtschaftliche Initiative ihre Wohnung zu vermieten.
  - 446  Grundstücke, die der Gemeinde gehören, sollen nicht an private Promotoren verkauft werden.  
447 Erschwinglicher Mietwohnraum in öffentlicher Hand sowie genossenschaftlicher Wohnraum  
448 müssen die Formen des Wohneigentums sein, die für diese Grundstücke reserviert sind.
  - 449  Auch die im modifizierten Gesetz von 2004 zum „aménagement communal“ grundsätzlich  
450 vorgesehene Möglichkeit der Mobilisierung von Grundstückreserven und der Verhängung von  
451 Baugeboten, mit möglicher Enteignung auf Regierungsbeschluss, sollte im Falle einer  
452 Verschärfung der Wohnungskrise nicht ausgeschlossen werden.

453  
454 **Es gibt nicht genug gemeindeeigene Mietwohnungen, oder solche durch andere öffentliche Träger.**  
455 **Der Fokus muss deshalb auf öffentlichen Mietwohnungen liegen.**  
456

- 457  Die öffentlichen Träger des Wohnungsbaus (Fonds de Logement, Société Nationale des  
458 Habitations à Bon Marché - SNHBM) haben in letzter Zeit in unserer Gemeinde nur nach dem  
459 „Erbpachtprinzip“ für 99 Jahre verkauft (Geessewee in Beles, Taupeswiss in Sanem.). Diese  
460 Politik muss konsequent zugunsten des öffentlichen Mietwohnungsbaus nach dem  
461 Einkommen geändert werden, an dem es in unserer Gemeinde so schmerzlich fehlt.
- 462  Die Gemeinde selbst besitzt nur 4 Einfamilienhäuser in Beles und 14 Appartements in Beles  
463 und Sanem zum Vermieten. 2 Appartements in Ehleringen kommen bald hinzu, später 3 auf  
464 „Metzerhéicht“ in Beles. Das genügt bei weitem nicht, dieser Bestand soll dauerhaft und  
465 substanziell ausgeweitet werden
- 466  Das Gemeindebudget soll ausgebaut werden mit dem Ziel, den Anteil der erschwinglichen  
467 Mietwohnungen am gesamten Wohnungspark in der Gemeinde auf 10% bis 2030 zu erhöhen.
- 468  Die Zusammenarbeit mit den Akteuren der „Gestion Locative Sociale“, wie der AIS Kordall, die  
469 z.Z. 12 vorher leerstehende Wohnungen mit einer Mietgarantie für die Besitzer anbieten, soll  
470 verstärkt werden.
- 471  Alternative Wohnformen (generationenübergreifendes Wohnen, Wohngemeinschaften,  
472 Wohnungsgenossenschaften etc.), für die es mittlerweile zahlreiche Initiativen aus der  
473 Solidarwirtschaft gibt, sollen von den Gemeinden gezielt gefördert werden.
- 474  Dafür muss das kommunale Bautenreglement endlich, sowie mehrmals von uns schriftlich  
475 gefordert, nicht zuletzt an die nationale Gesetzgebung von 2019 angepasst werden, um solche  
476 alternativen Wohnformen in unserer Gemeinde zu vereinfachen, siehe überhaupt zu  
477 ermöglichen.

- 478  Öffentliche Mietwohnungen im Besitz der Gemeinde sollen auch an soziale Gruppen gehen,  
479 die aufgrund ihres geringen Einkommens einen erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt  
480 haben (z. B. Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderungen, REVIS-  
481 Empfänger, anerkannte Flüchtlinge usw.). Diese sozialen Mietwohnungen werden zu 70% bis  
482 100% vom Staat finanziert.
- 483  Innerhalb des Gemeindegebiets sollten auch Pilotprojekte durchgeführt werden, um den  
484 Bedürfnissen sozial ausgegrenzter Personen gerecht zu werden (z. B. "Housing First"-Projekte  
485 für Obdachlose).
- 486  Kurzfristig sollten kommunale Notunterkünfte vorgesehen werden. Anstrebenswert ist ein  
487 Platz auf 1000 Einwohner:innen; derzeit verfügt das Sozialamt lediglich über eine derartige  
488 Notunterkunft.

#### Die Gemeinde soll Mieter und Besitzer proaktiv und unentgeltlich beraten und unterstützen.

- 491
- 492  Unsere Gemeinde soll die Bürger:innen regelmäßig über die Existenz und die Funktionsweise  
493 der kommunalen Mietkommission informieren. Diese Kommission ist nur wenigen bekannt,  
494 obwohl sie weitgehende Möglichkeiten u.a. bei der Überprüfung der Rechtmäßigkeit der  
495 Festlegung von Mieten und Kostenvoraussetzungen besitzt.
- 496  Die Mietkommission muss für Transparenz bei den Mietpreisen sorgen, indem sie auf der  
497 Grundlage der Mietverträge (die bei der Gemeindeverwaltung bei der Anmeldung vorgelegt  
498 werden sollten) Statistiken über die durchschnittlichen Mietpreise pro Viertel oder Ortschaft  
499 anlegt.
- 500  Der Service Logement der Gemeinde soll ausgebaut werden als kommunale Informations- und  
501 Vermittlungsstelle für Wohnungssuchende und Besitzer:innen bei der Suche nach einer  
502 bedarfsgerechten Wohnung oder der Aufteilung einer zu groß gewordenen Wohnung.
- 503  
504

## Wirtschaft-Arbeit

### Eine nachhaltige Wirtschaftsplanung.

505

506

507 *Das Beispiel des Steinwolle-Produzenten Knauf im Jahr 2018 hat bewiesen: Die Gemeinde braucht*  
508 *Kompetenz und Durchhaltevermögen und einen eigenen Willen, vor allem auch gegenüber dem*  
509 *Wirtschaftsministerium, das uns diese Produktion auf Gadderscheier, neben der Kronospan,*  
510 *aufdrängen wollte. Hier war auch die Kooperation mit der Nachbargemeinde Differdingen wichtig.*  
511 *Entwicklungsplanung ist nur im Großraum möglich, übrigens grenzüberschreitend, wie der „Plan Directeur de*  
512 *l'Aménagement du Territoire“ festhält, der einstimmig angenommen wurde, weil die Ideen auch der*  
513 *Opposition berücksichtigt wurden. Deshalb:*

- 514
- 515
- 516
- 517  Die Gemeinde soll endlich eine kommunale Wirtschafts- und Entwicklungskommission  
518 schaffen, um nicht von den privatkapitalistischen Entwicklungen überrollt zu werden.  
519 Zusammen mit den Gemeindediensten soll diese Kommission die soziale, ökonomische und  
520 ökologische Entwicklung der Gemeinde nach Möglichkeit voraussehen und sie steuern (bzw.  
521 gegensteuern, wenn nötig).
- 522
- 523  Gewerbezone sollen stärker nach ihrem Impact auf die Verkehrssituation gemessen und  
524 bewertet werden. Produktions- und Industriebetriebe sollen auch danach bewertet werden,  
525 ob sie die lokale Wirtschaft sinnvoll ergänzen, inwieweit sie die Menschen und die Umwelt  
526 zusätzlich belasten, das Terrain versiegeln, und in welchem Ausmaß die Gemeinde über die  
527 Gewerbesteuer entschädigt wird. Investitionen aus reinen Standort-, dh.  
528 Steuervermeidungsgründen sollen nicht gefördert werden.

- 529  Die Industriezone Hanebësch soll zuerst einmal ganz genutzt werden, anstatt sie auszuweiten  
530 im Zuge ihrer direkten Anbindung an die A-13, welche die nationale Umweltzone Dreckwis  
531 stark in Mitleidenschaft ziehen würde. Die in der rue de l'Industrie angesiedelten Betriebe  
532 sollen dagegen direkt an die Industriezone angebunden werden, anstatt den Ortsverkehr zu  
533 belasten. Der Hanebësch soll erhalten und aufgeforstet werden.
- 534  Wir wollen neue Dienstleistungs-, Handels- und Handwerksangebote in den Ortskernen und  
535 im Universitätsviertel auf Belval fördern, weil es dort ein Bedürfnis nach Geschäften in  
536 unmittelbarer Nähe gibt, die wesentlich zur Lebensqualität und zur nachhaltigen Entwicklung  
537 beitragen. So wollen wir insbesondere kleine Betriebe unterstützen, u.a. durch die  
538 Bereitstellung von Lokalen, und durch öffentliche Aufträge. Auf nationalem Plan müssen die  
539 Instrumente geschaffen werden, um große Geschäftszentren auf der grünen Wiese zu  
540 reduzieren, umzuwandeln und in Zukunft zu verbieten (Gutachten zum PDAT).

541

### Die Gemeinde als wirtschaftliche Akteurin und Arbeitgeberin

542

- 543
- 544  Für den die weitere Erhaltung und Schaffung von sicheren, dauerhaften und nachhaltigen  
545 Arbeitsplätzen im kommunalen Sektor soll durch den Ausbau des öffentlichen Angebots  
546 gesorgt werden.
- 547  Die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter.innen, Angestellten und Beamt.innen, die für die  
548 Gemeinde tätig sind, ob sie vom Statut des öffentlichen Dienstes oder von diversen  
549 Kollektivverträgen (Gemeindearbeiter, SAS, TICE) betroffen sind, sollen verbessert werden. Die  
550 Ausschüsse und Belegschaften sollen bei der Festlegung der internen Arbeitsabläufe  
551 eingebunden werden.
- 552  Im Sinne einer besseren Vereinbarung von „Beruf und Familie“ und der „Work-life balance“  
553 sollen die Möglichkeiten von teilweisem „Homeoffice“ weiter ausgebaut werden – ohne aber,  
554 daß der Dienst an den Bürger.innen darunter leidet, flexible Öffnungszeiten müssen weiterhin  
555 garantiert bleiben.
- 556  Die Gemeinde sollte das Angebot an Arbeitsplätzen für Menschen mit Einschränkungen prüfen  
557 und ausweiten.
- 558  Vetternwirtschaft und politischer Favoritismus sollen unterbunden werden, u.a. durch die  
559 Bildung eines „conseil de recrutement“ (bestehend aus Vertreter.innen aller Parteien, der  
560 Verwaltung, der Personalvertretung, und der Gleichheitsbeauftragten), die den Gemeinderat  
561 nach objektiven Kriterien bei Einstellungen berät.

562

### Obwohl es in letzter Zeit keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in unserer Gemeinde gab, ist die Tendenz latent. Wir wollen diesen Trend umdrehen:

563

- 564
- 565
- 566  öffentliche Planungen, auch die im Sinne des Bürgerdialogs (was ein Widerspruch ist!), dürfen  
567 nicht mehr an private Agenturen ausgelagert werden;
- 568  das dringend benötigte zweite Altersheim in der Gemeinde darf nicht privatwirtschaftlichen  
569 Interessen geopfert werden – die Gemeinde soll ein zweites Altersheim bauen, denn die  
570 Schaffung von preiswertem und menschenwürdigem Wohnraum im Alter hat sich zu einer  
571 gesellschaftlichen, moralischen Verpflichtung entwickelt, dem auch mit öffentlichen Mitteln  
572 begegnet werden muss. Auch hier muss der Profitausrichtung dieses neuen  
573 „Wirtschaftszweiges“ politisch entgegengesteuert werden, im Sinne von sozialer  
574 Gerechtigkeit.
- 575  Bestehende Privatisierungen sollen in Hinblick auf eine Rekommunalisierung überprüft  
576 werden (z.B. im Bereich Müllentsorgung);
- 577  Öffentliche Einrichtungen sollen verstärkt gemeinde- und grenzüberschreitend mit anderen  
578 öffentlichen und gemeinnützigen Partnern zusammenarbeiten, z.B. mit den  
579 Nachbargemeinden im Rahmen ihrer gemeindeeigenen Müllentsorgung.

580

581 **Die Solidarwirtschaft und Kreislaufwirtschaft fördern und ausbauen.**

582

583 *Die Solidarwirtschaft wurde vom Staat als Alternative anerkannt. Sie soll sich nach eigenen,*  
584 *demokratischen Funktionsprinzipien, unterstützt von den Gemeinden, frei entfalten können.*  
585 *Dauerhafte Arbeitsplätze sollen hier entstehen, die an die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor*  
586 *angeglichen werden.*

587

588  Die kooperative und gewinnunabhängige Sozial- und Solidarwirtschaft (in Form von  
589 Gemüseanbau und -verkauf, Epiceries solidaires, Restaurants, handwerklichen und  
590 Reparaturleistungen, Dienstleistungen, Austauschstellen, Energieproduktion) soll von der  
591 Gemeinde unterstützt werden, u.a. durch finanzielle Hilfen, durch öffentliche Aufträge, durch  
592 die Bereitstellung von Arbeitskräften und Weiterbildungsmaßnahmen. Denn viele dieser  
593 Zweige wurden längst von Konzernen monopolisiert und delokalisiert.

594  Die Gemeinschaftsgärten im Matgesfeld in Bieles, die vom klassischen Muster der  
595 Schrebergärten abweichen, fördern sowohl das ökologische Bewusstsein (pädagogische  
596 Projekte mit Schüler.innen) wie auch den sozialen Zusammenhalt (kein Zaun, gemeinschaftlicher  
597 Geräteschuppen, Austausch zwischen Schulen und Altersheim).

598  Obschon der CIGL („Centre d’Initiative et de Gestion local“) sinnvolle und dauerhafte  
599 Beschäftigungsfelder in der Gemeinde geschaffen hat, dürfen nur wenige Menschen hierüber  
600 fest eingestellt werden. Die meisten fallen schnell wieder in prekäre  
601 Beschäftigungsmaßnahmen zurück. Die Gemeinde soll deshalb den Personen, die sie unter  
602 Bedingungen von REVIS oder Arbeitslosengeld eingestellt hat, eine Weiterbildung in dem  
603 Bereich anbieten, in dem sie arbeiten, und eine Festanstellung in Aussicht stellen. Die  
604 gesetzliche Basis dafür wurde für Langzeitarbeitslose geschaffen.

605  Secondhand-shops, regelmäßige Tauschbörsen, Give-box und öffentliche „Bicherkäschtchen“  
606 sind alternative „Handelsformen“ die immer beliebter werden und gefördert werden sollen.

607

608 **Finanzen**

609

610 *Haupteinnahmen unserer Gemeinde sind Gelder aus dem „fonds de dotation global des*  
611 *communes“ (FDGC) (=diverse Steuereinnahmen), die Einkünfte aus dem „impôt commercial“*  
612 *(Gewerbesteuer), die auf den Profiten der Betriebe berechnet wird, sowie die Einkassierung*  
613 *von Taxen, die die Bürger.innen direkt an die Gemeinde zahlen. Verschiedene große*  
614 *Gemeinden bekommen zusätzlich zur „FDGD“ eine spezielle „Abfindung“ vom Staat, weil sie*  
615 *als „Centre de Développement et d’Attractivité“ (CDA ) eine regionale Rolle spielen.*

616

617  Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Sanem, als 6. größte Gemeinde, auch in die  
618 Kategorie CDA-3 eingestuft werden muss und somit 5 % mehr Zuschuss von staatlicher Seite  
619 bekommt.

620

621 **Gewerbesteuer erhöhen und harmonisieren.**

622

623 *Die Einnahmen der Gemeinden stammen immer seltener aus der Gewerbesteuer, die auf hohen*  
624 *Unternehmensgewinnen erhoben wird. Diese Steuer fällt unter die Gemeindeautonomie und wurde im*  
625 *Gegensatz zu den Taxen, welche die Bürger.innen zahlen müssen und die ständig angepasst wurden,*  
626 *als „Einnahmequelle“ sehr vernachlässigt. 2005 wurde der Hebesatz gar auf 275% herabgesetzt, dann*  
627 *2012 auf 325% und erst Ende 2022 auf 350% erhöht, womit dem Wahlprogramm von 2017 von déi Lénk*  
628 *endlich entsprochen wurde. Wir sind jetzt erst auf dem Niveau von Differdingen angelangt.*

629

630  Der Betrag, der für Zukunftsinvestitionen auf Gemeindeebene, unter anderem in den Bau von  
631 bezahlbarem Wohnraum, benötigt wird, muss viel stärker auf direktem Weg aus der

632           Wirtschaft kommen (anstatt dass dort die Gewinne durch die Decke schießen). Unsere  
633           Gemeinde sollte sich für eine generelle Aufwertung der Gewinnsteuern und auch für  
634           Transparenz bei ihrer Erhebung über Gesetz einsetzen. Bis dahin soll sie selbst die Hebesätze  
635           nach Möglichkeit anpassen und sich vor allem darum bemühen, dass sich möglichst viele  
636           Gemeinden auf eine harmonisierte Erhöhung der gemeindeeigenen Steuersätze einigen,  
637           anstatt Dumping zu betreiben.

638

#### 639 **Gemeindetaxen sozial gerechter gestalten.**

640

641 *In unserer Auffassung sollte das kommunale Budget weiterhin hauptsächlich aus der progressiven*  
642 *Einkommenssteuer (je höher das Einkommen, desto grösser die Steuer) und vermehrt aus der erhöhten*  
643 *Gewerbesteuer (je höher die Profite desto höher die Steuer) finanziert werden. Die kommunalen*  
644 *Dienstleistungen dagegen sind wie die TVA indirekte Steuern, die die Einkommen umgekehrt treffen (je*  
645 *niedriger das Einkommen, desto höher die Belastung). Wie der nun kostenlose öffentliche Transport*  
646 *zeigt, bedeutet Kostenfreiheit eine Demokratisierung und damit die erhöhte Zugänglichkeit von*  
647 *Dienstleistungen. Die kommunale Gebührenpolitik sollte deshalb nicht kostendeckend sein.*

648

649            Gebühren, Taxen und Subsidien sollen sozialgerecht, gestaffelt und differenziert ausfallen.

650            Kostendeckung als alleiniges Prinzip ist sozialungerecht und sollte überdacht werden.

651

#### 652 **Wasserpreis.**

653

654 *Ein gestaffelter Wasserpreis ist gegen alle Verlautbarungen von Seiten des Innenministeriums laut*  
655 *Europäischer Wasserdirektive möglich und sollte bei der anstehenden Gesetzesänderung berücksichtigt*  
656 *werden.*

657

658            Der durchschnittliche Wasserverbrauch in Luxemburg liegt bei rund 150 Liter täglich pro  
659           Person. Der sparsame Umgang mit dem Wasser als kostbares Gut sollte durch einen  
660           gestaffelten Wasserpreis, nach folgendem Modell, erreicht werden:

661

662           Täglich pro Person im Haushalt:

663           - die ersten 50 Liter: gratis - denn sie sind lebensnotwendig;

664           - 50 bis 150 Liter: aktueller Preis;

665           - ab 150 Liter: doppelter Preis.

666

#### 667 **Mülltaxe.**

668

669 *Wir wollen Transparenz in der Abfallwirtschaft schaffen und wissen, wie viel Geld Lamesch, Valorlux &*  
670 *Co mit unserem, von uns getrennten Abfall verdienen. Die Abfalltaxe wurde in den vergangenen Jahren*  
671 *insgesamt kostendeckend gemacht. Wenn aber die Preise automatisch integral auf die BürgerInnen*  
672 *abgewälzt werden, werden die Methoden der Verpackungsindustrie und die Abfallwirtschaft nicht in*  
673 *Frage gestellt und der Endverbraucher muss die Zeche zahlen.*

674

675            Die Kosten sollen also einer öffentlichen Debatte unterzogen werden. Wir wollen dies über ein  
676           neues Müllkonzept tun, dessen Gebühren stärker nach dem tatsächlichen Verbrauch  
677           ausgerichtet sind.

678

#### 679 **Weitere Einnahmen.**

680

681            Die administrativen Gemeindedienste wie auch die kollektiven Einrichtungen und Basis-  
682           Infrastrukturen (Schulen, Kultureinrichtungen, Kanalisation, Leitungen, Straßen, Bürgersteige  
683           usw.) sollen grundsätzlich gratis zur Verfügung gestellt werden; d.h. sie werden über das

684 Gemeindebudget finanziert – und nicht über bestehende Infrastrukturtaxen in verschiedenen  
685 Straßen.

686  Dafür sollen aber neue Gemeindeeinnahmen geschaffen werden durch Vermieten von  
687 Gemeindewohnungen und Erhebung von proportionalen Spekulationstaxen auf  
688 leerstehenden Wohnungen und brachliegendem Terrain (siehe Kapitel erschwingliches  
689 Wohnen).

690  Wir werden die Möglichkeiten einer gerechten Anpassung der Grundsteuer auf Gemeindeplan  
691 untersuchen (idem).

692

693 **CIPA-REWA.**

694

695 Das CIPA-REWA „op der Waassertrap“ ist eines von wenigen gemeindeeigenen Altersheimen.  
696 Finanziell trägt es sich selbst und es bleibt sogar noch ein kleiner „Boni“ übrig. Seit März 2006 werden  
697 die „Pensionspreise“ global nach jeder Indexranche um 2,5 % erhöht. Wir erinnern daran, dass das  
698 Erfallen von einer Indexranche die nachträgliche Anpassung der Gehälter und Pensionen an die  
699 gestiegenen Lebenshaltungskosten darstellt, um den Verlust der Kaufkraft zu kompensieren. Die  
700 undifferenzierte, automatische Erhöhung des globalen Pensionspreises treibt die Spirale der  
701 Lebenshaltungskosten weiter in die Höhe. Unserer Meinung nach setzt sich der Pensionspreis aus  
702 mehreren Komponenten zusammen, wobei eine davon als „Miete“ zu betrachten ist, welche im  
703 Privatrecht (Mietgesetz) nicht einfach so angepasst werden darf. Weiter müsste der Pensionspreis  
704 sozial gestaffelt sein. 2023 sollen 3 Indexranchen erfallen – ein klares Zeichen dafür, dass wir in einer  
705 Wirtschaftskrise stecken und dass wir so nicht weiterfahren können.

706

707  Da das gemeindeeigene Altersheim finanziell gutdasteht, fordern wir einen direkten Stopp  
708 dieses „Index“-Automatismus und ein Nachbessern der Pensionspreisstruktur, aufgeschlüsselt  
709 nach klaren, sozialen und nachvollziehbaren Kriterien.

710

## 711 **B) SUESSEM brauch méi sozial Gerechtegkeet**

712

### 713 **Die Kinder in den Mittelpunkt der Gesellschaft stellen**

714

715 *Das Wohl der Kinder soll im Mittelpunkt stehen und alle Lebensbereiche betreffen. Unsere Gesellschaft*  
716 *braucht ein grundlegendes Umdenken was den Stellenwert der Kinder angeht und das nicht nur in der*  
717 *Bildungs- und Erziehungspolitik. Auch wenn die Zuständigkeit und die Zuweisung von Lehrern aus den*  
718 *Händen der Gemeinden genommen wurde, bleiben die Gemeinden weiterhin für Schulgebäude,*  
719 *Kindergärten und viele andere Bereiche zuständig. Formale und non-formale Bildung und Erziehung*  
720 *müssen sich ergänzen. Der öffentliche Raum sollte für alle, für kreative und konstruktive*  
721 *Bildungsaktivitäten genutzt werden. Eine kindergerechte Städteplanung kommt allen Menschen*  
722 *zugute.*

723

724  Die „Ressorts“ Schule und Maison Relais sollen unter der Verantwortung eines Mitglieds des  
725 Schöffenrats vereinigt und die Kompetenzen der Schulkommission in dem Sinne ausgeweitet  
726 werden.

727  Eltern und Kindern sollen durch eine Charta mehr Mitspracherecht, Gestaltungsmöglichkeiten  
728 und Verantwortung zugesichert werden.

729

### 730 **Schule und Erziehung**

731

732 *Der Masterplan Bildung 2035 geht von einem Anstieg der Grundschülerzahlen von aktuell 1.600 auf*  
733 *über 2.750 aus. Neben ortsspezifischen Besonderheiten sollten jedoch allgemeingültige Voraussetzung*  
734 *was Lage, Sicherheit und Infrastrukturen betrifft gelten. Als allgemeines Prinzip soll schon bei der*  
735 *Planung das Lehr- und Erziehungspersonal, die Kinder und die Elternvertreter.innen mit einbezogen*  
736 *werden.*

737

738  Die Schul- und Tagesstätten sollen, wenn nicht im gleichen Gebäude doch nahe  
739 beieinanderliegen und sich ergänzen, sodass ein zusammenhängendes Areal entsteht, indem  
740 sich Gebäude, Grünflächen, Spiel- und Ruhezone ergänzen.

741  Die Schul- und Spielzonen sollen allesamt leicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erreichen sein,  
742 und es müssen genügend Stellplätze für die Fahrräder, Skateboards ... vorhanden sein.

743  Generell sollten Schul- und Spielplatzareale als 30 km/Zonen reglementiert und wenn möglich  
744 autofrei konzipiert werden. Mehrere Zebrastreifen und eine bessere Beleuchtung in diesen  
745 Zonen sind notwendig.

746  „Kiss and Go-Zonen“ sollten nur dort zugelassen werden, wo Kinder sicher aus- und einsteigen  
747 können, weil diese Zonen immer eine potenzielle Gefahrenzone darstellen.

748  Bei allen Schulen sollte ein Pedibusdienst funktionieren.

749  Die „Agent municipaux“ sowie die lokale Polizei soll wenigstens 1 Aktivität pro Schuljahr mit  
750 den Kindern über Sicherheit im Verkehr durchführen.

751  Die Gebäude, Grünflächen und Spielanlagen sollten auch in der „schulfreien Zeit“ von allen als  
752 Begegnungsstätte genutzt werden können.

753  Die Grundschulen und Tagesstätten sollen idealerweise als „Quartiersschule“, aus kleinen  
754 Einheiten, von nicht mehr als jeweils 2-3 Klassen pro Zyklus bestehen und in keinem Fall über  
755 450 Kinder aufnehmen.

756  Neue Klassensäle sollen großräumig angelegt werden und nicht strikt nach der  
757 „Flächenpauschale“ pro Kind, die vom Unterrichtsministerium an die Gemeinden  
758 zurückbezahlt werden, gebaut werden.

- 759  Die Sicherheitskriterien für Säle, wo Schulunterricht wie auch Betreuungsaktivitäten  
760 stattfinden, müssen angeglichen werden, um somit eine bessere Planung und fließende  
761 Übergänge zu ermöglichen.
- 762  In jedem neuen Schulgebäude oder Betreuungsstätte, sollte standardmäßig, neben einem  
763 Turnsaal, einer pädagogischen Küche, einem Werkraum, auch ein Leseraum, ein Chill-Raum,  
764 sowie ein Ruheraum für Kinder, die eine Auszeit brauchen oder wo sie bei leichten  
765 Verletzungen beruhigt und medizinisch versorgt werden können, miteingeplant werden.
- 766  Sollte sich herausstellen, dass das Airtramp auf Scheierhaff nicht alle Anfragen befriedigen  
767 kann, sollte ein zweites Airtramp in einem der neuen Schulkomplexe miteingeplant werden.
- 768  Während die Maison Relais über Minibusse verfügen, um sichere Transporte zu garantieren,  
769 nutzen Schulklassen regelmäßig den öffentlichen Transport, um z.B. ins Schwimmbad zu  
770 fahren. Diese verfügen jedoch nicht über Sicherheitsgurte und sind für Schüler:innen von  
771 Précoce und Préscolaire ungeeignet. Deswegen schlagen wir vor, dass die Gemeinde die  
772 Möglichkeit prüfen soll, einen eigenen Bus anzuschaffen und den so auszustatten, dass er für  
773 Fahrten mit Schulkindern tagsüber geeignet ist aber auch vielseitig für andere Gelegenheiten  
774 genutzt werden könnte. (Latenightbus, Jugend, Senioren...)

775

## 776 **Inklusion, Chancengleichheit und individuelle Förderung**

777

778 *Inklusion ist ein Recht das gesetzlich garantiert ist, dennoch sind in der Realität die Bedingungen oft*  
779 *nicht gegeben, um inklusiven Unterricht und individuelle Förderung zu ermöglichen. Wir wollen eine*  
780 *inklusive Schule und die nötigen Mittel, um Chancengleichheit zu erlangen.*

781

- 782  Der Klassensaal sollte so konzipiert sein, dass sowohl in großen wie in kleinen Gruppen  
783 gearbeitet werden kann und günstige Bedingungen für inklusiven Unterricht und individuelle  
784 Förderung der Schulkinder überhaupt möglich ist.
- 785  Die Erfahrungen, die bisweilen in der inklusiven Ganztagschule auf dem Kindercampus  
786 gemacht wurden, sollen dokumentiert, ausgewertet, verbessert und gegebenenfalls an andere  
787 Schuleinheiten übertragen werden.
- 788  Modelle von Zusammenarbeiten und Austausch von Lehr- und Erziehungspersonal sollen  
789 gezielt vorangetrieben werden, um formale- und non-formale Bildung und Erziehung  
790 ergänzend zu fördern.
- 791  Gut funktionierende Teams sollten auch weiterhin zusammenarbeiten können.
- 792  Die Gemeinde muss auch bereit sein, zusätzliches pädagogisches Personal einzustellen, um die  
793 Weiterführung von innovativen und vielversprechenden Projekten zu garantieren, auch im  
794 Bereich der Heilpädagogischen Förderung (Hypotherapie, Therapie mit Tieren,...).
- 795  Die Sprachförderung durch spezifische Sprachkurse in der Grundschule ist eine  
796 Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und muss deshalb beibehalten und ausgebaut  
797 werden. (Luxemburgisch, Babelclub, Primo-arrivants, Deutsch/Französisch-kurse für Kinder  
798 die Nachhilfe brauchen).
- 799  Bei der weiterführenden Digitalisierung müssen die nötigen Informationen und Hilfestellungen  
800 den Kindern und Eltern angeboten werden, um nicht neue Ungerechtigkeiten zu schaffen.
- 801  Der Zugang zu den Naturwissenschaften und der Umgang mit Computern, E-Books und 3D-  
802 Druckern sollte altersgerecht vorbereitet und gefördert werden (Kurse und Besichtigungen im  
803 Matgesfeld, Sciencecenter oder Naturmusée sollten systematisch in den Stundepplan integriert  
804 werden).
- 805  Das pädagogische Angebot auf Matgesfeld muss ausgebaut und weitere Standorte oder  
806 Naturklassen müssen auf dem Galgebierg oder dem Zolwerknapp (wo jetzt ein Naturlehrpfad  
807 entsteht) entstehen.
- 808  Die benötigte Hausaufgabenhilfe vor Ort sollte im Zusammenspiel von Lehr- und  
809 Erziehungspersonal abgesprochen und angeboten werden.

- 810  Personalräume sollten so ausgestattet sein, dass Versammlungen, Elterngespräche und  
811 interne Weiterbildungskurse jederzeit möglich sind – die Nutzung dieser Räume sollte auch für  
812 die Elternvertreter.innen selbstverständlich sein.
- 813  Die Ferienkolonien dürfen nicht aus budgetären Gründen gestrichen werden – der Mehrwert,  
814 die motorischen wie sozialen Kompetenzen, die sich die Kinder während dieser „Schulzeit“  
815 aneignen sind nicht zu ersetzen.

816

## 817 **Kinder haben eine Meinung und Kinderrechte**

818

819 *Kinder sind die Erwachsenen von morgen. Kinder haben Rechte, eine eigene Meinung und sind bereit*  
820 *Verantwortung zu übernehmen. Suessem wird nur dann eine „kinderfreundliche“ Gemeinde werden,*  
821 *wenn Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung von Kindern und Jugendlichen konkret*  
822 *festgelegt und umgesetzt werden.*

823

- 824  Durch die Einführung eines „Kinderschulrates“ oder durch regelmäßige „Klassenräte“ könnten  
825 die Kinder sich einbringen und lernen, ihre Ideen zu formulieren, zu hinterfragen und zu  
826 verteidigen. Eine Anlaufstelle, angesiedelt in der Gemeinde nach dem Vorbild des „Kannerbüro  
827 Woolz“ sollte aktiv die Kinder hierbei begleiten.
- 828  Ein begrenztes Budget pro Schulgebäude könnte autonom und gemeinschaftlich von dem  
829 jeweiligen Kinderschulrat und Elternschulrat verwaltet werden.
- 830  Die Kinder, die nicht Mitglied in einem Sport-, Musik-, Kunst- oder Naturverein sind, sollen  
831 durch gezielte Projekte während den schulfreien Nachmittagen in der Maison Relais  
832 Bekanntschaft mit lokalen Sportler-, Musiker-, Künstler.innen und Naturforscher.inne.n  
833 machen, d.h. das Angebot nicht nur auf die LASEP beschränken.
- 834  Eine gesunde, kindergerechte Ernährung in den Schulkantinen muss weiterhin garantiert  
835 bleiben in dem die lokale Anbauung von Gemüse durch CIGL und COLABOR ausgeweitet und  
836 in den Schulküchen frisch zubereitet wird.
- 837  Die Aufgaben der „Santé scolaire „ (Schulgesundheitslicher Dienst) sollen aufgewertet werden,  
838 und neben den medizinischen Routineuntersuchungen auch fach- und kindergerechte  
839 Workshops zu Themen Hygiene, Sexualität, Abhängigkeit und mentaler Gesundheit anbieten.
- 840  Bei der bevorstehenden Planung von neuen Schulgebäuden, Tagesstädten und Spiel- und  
841 Freizeitzonen sollen die Kinder und das pädagogische Personal weitmöglichst eingebunden  
842 werden.

843

844 *Auch im Außerschulischen Bereich wie bei der Gestaltung des Lebensraums sollen Kinder mitreden*  
845 *können.*

846

- 847  Durch eine Konvention oder Charta garantiert, würden die Ideen der Kinder berücksichtigt und  
848 umgesetzt werden.
- 849  Es sollen kinderfreundliche Spielplätze in allen Stadtteilen unter Mitwirkung der Kinder  
850 geschaffen werden.
- 851  Das kommunale Freizeitangebot für Kinder während den Schulferien sollte erweitert werden.
- 852  Begegnungskolonien mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Kulturen sollten in der  
853 Gemeinde organisiert werden.
- 854  Die Kinder sollen den verschiedenen Gemeindediensten ihre Wünsche und Begehren aus ihrer  
855 Sicht schildern – das würde bestimmt zu einer allgemeinen Verbesserung der Lebensqualität  
856 führen.
- 857  Ein kindergerechter Stadtplan, wo alle Spielplätze, Grünflächen und interessante Tummel-  
858 oder Treffpunkte für Kinder (und Jugendliche), mit Fuß und Fahrradwegen und Haltestellen  
859 des Öffentlichen Transportes aufgezeichnet würden, wäre ein echter Knüller!
- 860  Die „Kinderseite“ im kuerz&knapp sollte auch von Kindern selbst gestaltet, ausgebaut und als  
861 solche sichtbar werden.

862

## 863 **Jugend und Studierende**

864

865 *Der Jugend gehört die Zukunft, so lautet ein Spruch. Doch auch die Jugend hat konkrete Bedürfnisse*  
866 *und Sorgen mit denen wir uns als Gesellschaft und als Gemeinde intensiv auseinandersetzen müssen.*  
867 *Schule, Lehre- und Studienzeit, Freizeit, Berufstätigkeit und Wohnen außerhalb der Familie – sowohl*  
868 *existentielle wie gesellschaftliche Fragen bringen neue Konzepte von gemeinschaftlichem*  
869 *Zusammenleben hervor. Wenn wir die Jugend, also die Zukunft ernstnehmen wollen, dann müssen auch*  
870 *der nötige Raum und die nötigen Mittel hierfür bereitgestellt werden.*

871

### 872 **Organisierte Jugendbetreuung**

873

874 *Das Jugendprojekt SABA, von der Gemeinde über Konvention und im Verbund mit den*  
875 *Nachbargemeinden Differdingen, Bascharage und Dippach finanziert, bietet mit seinem Jugendtreff in*  
876 *Zolwer und einem Saal in Sanem Jugendlichen zwischen 12 und 26 Jahren viele verschiedene Aktivitäten*  
877 *übers Jahr an. Mit jeweils 2 Betreuerinnen und 2 Betreuern ist der Jugendtreff gut aufgestellt, um die*  
878 *jugendlichen Mitglieder bei Freizeitaktivitäten, Formalitäten, Arbeitssuche, Schulausbildung und*  
879 *Suchtprävention zu beraten und zu begleiten. Wichtig ist ebenfalls die Arbeit eines „mobilen*  
880 *Jugendarbeiters“.*

881

882  Die „streetwork“-Arbeit gilt es zu erweitern, um Probleme auch bei denjenigen Jugendlichen  
883 zu erfassen und zu lösen, die den Weg ins Jugendhaus nicht finden. Hier sollte ein regelmäßiger  
884 Austausch und Zusammenarbeit mit den Sozialarbeiter:innen vor Ort aus den  
885 Nachbargemeinden stattfinden.

886  Ein neuer, attraktiver Saal in Sassenheim wäre geeigneter um die Jugendlichen dezentral  
887 empfangen können.

888  Die Jugendarbeit und Unterstützungsmaßnahmen müssen sich noch gezielter an sozial  
889 benachteiligte Jugendliche richten.

890

### 891 **Eine jugendgerechte Gemeinde**

892

893 *Trotz starker Bemühungen kann unsere Gemeinde Sanem nicht die Freizeitmöglichkeiten anbieten wie*  
894 *das große Städte tun. Junge Menschen feiern gerne und das so oft es geht. Das Mobilitätsproblem ist*  
895 *dank des Nightriders und der verlängerten Fahrtzeiten der Züge und Busse an Wochenenden zum Teil*  
896 *gelöst, dennoch sollte sich unsere Gemeinde noch mehr der Aktivitäten für junge Menschen anbieten.*

897

898  Das Fahrrad ist ein beliebtes Fortbewegungsmittel bei Jugendlichen. Das Velo'OK System muss  
899 weiter ausgebaut werden, und Stellplätze für die privaten Fahrräder (Cityroller, Kickboard...)  
900 an Jugend-, Sport- und Kulturzentren bereitgestellt werden.

901  Die Busse müssen abends länger fahren und wir fordern, dass eine Fahrt nachts hinzugefügt  
902 wird.

903  Wir fordern, dass auch die Gemeinde Sanem einen Nightbus am Wochenende einsetzt, der  
904 aus der Stadt in die Gemeinde fährt, wie es schon viele andere Gemeinden eingerichtet haben.  
905 Dies könnte helfen zu verhindern, dass junge Menschen sich übermüdet und unter  
906 Alkoholeinfluss hinters Steuer setzen.

907

908 *Grünflächen müssen frei zugänglich für Freizeitaktivitäten sein und so angelegt sein, dass sie die*  
909 *Anrainer nicht mit Lärm belästigen. Junge Menschen sollen sich auch ohne reglementierte Strukturen*  
910 *und ohne Mitgliedskarte eines Vereins beschäftigen können, auf Bolzplätzen, Skaterplätzen usw. Sie*  
911 *sollen dort existieren können, ohne immer wieder vertrieben zu werden von Anwohnern oder Polizei.*

912

- 913  Innerstädtisch fordern wir die Schaffung von autofreien Straßen, Plätzen und Stadtvierteln, wo  
 914 dies möglich ist, oder alternativ ein zeitweiliges Verbot der Zufahrt zu diesen Straßen und  
 915 Reduzierung der Fahrgeschwindigkeiten.
- 916  Im Außenbereich soll das Freizeitangebot sowohl auf dem Galgebierg, dem Zolwerknapp und  
 917 auf Belval weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen angepasst  
 918 werden.
- 919  Initiativen von Jugendlichen, die nicht Mitglied einer Vereinigung sind, sollten finanziell  
 920 (Subsidien) und logistisch (Probesäle und Versammlungsräume )unterstützt werden.
- 921  Eine kommunale Beschäftigungspolitik für Jugendliche sollte entwickelt werden. Das  
 922 Ferienarbeitsangebot für Jugendliche, das wir bereits haben, sollte ausgebaut werden  
 923 (Stageplätze, Volontariat).

924

925 **Die Jugend ernst nehmen und mit in die Verantwortung ziehen.**

926

927 *Kinder und Jugendliche sollen in alle sie umgebenden Projekte wie Schule, Verwaltung des öffentlichen*  
 928 *Raums, Tagesstätten usw. einbezogen werden; sie können sich in den Bereichen beteiligen, in denen*  
 929 *sie Spezialisten sind. Hierfür können je nach kommunalem Kontext verschiedene Formen der*  
 930 *Beteiligung gewählt werden. Es müssen immer eigene Kompetenzen und finanzielle Mittel vorgesehen*  
 931 *werden, um ein echtes Funktionieren zu gewährleisten ("Kannerbüro", Kindergemeinderat,*  
 932 *Jugendgemeinderat, selbstverwaltete Jugendgruppen, ...)*

- 933
- 934  Wir brauchen kommunale Kinder- und Jugendpläne mit konkreten Zielen, Zeitvorgaben,  
 935 entsprechenden Finanzmitteln und regelmäßigen öffentlichen Bewertungen; Kinder und  
 936 Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu äußern und Projekte  
 937 mitzugestalten; es werden entsprechend ausgebildete Fachkräfte benötigt, die die Bedürfnisse  
 938 der Kinder erkennen und darauf reagieren können;
- 939  Jugendpartizipationsprojekte wie „Jugendforen“ oder „Jugendgemeinderäte“ hatten in der  
 940 Vergangenheit lediglich eine Alibifunktion. Wir wollen die Jugendlichen in den partizipativen  
 941 Diskussions- und Entscheidungsprozess mit einbinden, und neue Jugendpartizipationsprojekte  
 942 mit verbindlichen Kompetenzen und einer eigenen „Enveloppe budgétaire“ ausstatten. Die  
 943 Jugendlichen sollen regelmäßig vom Gemeinderat angehört werden und ihre Vorschläge sollen  
 944 in die Planung einfließen.
- 945  Wir wollen weiteren bezahlbaren Wohnraum schaffen, nicht nur für Studierende, sondern  
 946 auch für junge Menschen die (aus welchen Gründen immer) nicht mehr im Elternhaus wohnen  
 947 möchten, in einer Ausbildung oder einem Lehrvertrag sind - zumal der Staat diese Wohnungen  
 948 zu 100 % mitfinanziert.

949

950 **Studierende**

951

952 *Die Nähe zur Uni Lëtzebuerg auf Belval hat unsere Gemeinde und vor allem die Ortschaft Beles*  
 953 *verändert. Die neuen Wohnviertel, die bald nahtlos in die Ortschaft Beles hineinreichen werden, müssen*  
 954 *sich verstärkt nach den spezifischen Lebens-, Arbeits- und Freizeitbedürfnissen von Studierenden*  
 955 *ausrichten.*

- 956
- 957  Unsere Gemeinde soll studentischen Vereinigungen Raum bieten, um selbstverwaltete Cafés,  
 958 Restaurants, Probesäle für Musik- und Theatergruppen, Second-Hand-, Recycling- und  
 959 Reparaturateliers, aber auch Copy-Shops und Waschsalons einzurichten. Die Gemeinden Esch  
 960 und Sassenheim sollen diese Initiativen im Verbund unterstützen und finanziell mittragen.
- 961  Wir wollen verstärkt zusätzliche Fußgänger- und Aktivzonen, Fuß- und Radwege anlegen- die  
 962 Vélosbréck muss an beiden Enden an diese Wege angebunden werden.
- 963  Wir wollen auch in Beles oder Zolver zusätzliche Student.innenwohnungen zu vernünftigen  
 964 Preisen einrichten, die sowohl wohngemeinschaften- als auch behindertengerecht sind. Wir

- 965 wollen Bau- oder Umbauprojekte im Sinne von Mehrgenerationenhäusern und  
966 intergenerationellem Austausch fördern.
- 967  Wir wollen die schon im Ausland (Skandinavische Länder, Österreich) bewährte Praxis der  
968 stundenweisen Begleitungsarbeit von Studierenden in Altersheimen ausprobieren.
  - 969  Für Student.innen müssen auch genügend Kinderkrippenplätze zur Verfügung stehen
  - 970  Da sich die Uni an der Schnittstelle von zwei verschiedenen Gemeinden befindet, sollen Esch  
971 und Sassenheim einen Lageplan ausarbeiten, in dem nützliche Infrastrukturen wie z.B.  
972 Bushaltestellen, Velo'K-Stationen, Verwaltungen, Post, Apotheken, Sport- und Kulturzentren,  
973 Freizeitareale oder Geschäfte aufgelistet werden.
  - 974

## 975 **Drittes Alter**

976

977 *Nach einem arbeitsreichen Leben beginnt der Lebensabschnitt, der allgemein als Drittes Alter*  
978 *bezeichnet wird. Glücklicherweise werden die Menschen heute im Durchschnitt viel älter als früher, und*  
979 *bleiben autonom bis ins hohe Alter, vor allem, weil im Gesundheitsbereich viele Fortschritte erzielt*  
980 *wurden. Die Gesellschaft und das Zusammenleben haben sich sehr stark verändert und eines der*  
981 *Hauptprobleme des Älterwerdens heute, ist das Risiko der Vereinsamung und die drohende Verarmung*  
982 *(es gibt immer noch Menschen, vor allem Frauen, mit sehr niedrigen Renten). Einen Lebensabend in*  
983 *Würde für alle zu garantieren, das ist ein nobles Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Auch*  
984 *hier muss die Gemeinde ihre Verantwortung übernehmen und ergänzend zu den staatlichen Hilfen*  
985 *agieren.*

986

987 Dazu gehören:

- 988
- 989  ein barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden der Gemeinde für gehbehinderte  
990 Menschen mit Rolly und Rollstuhl; das gilt auch für die Bürgersteige und  
991 Straßenüberquerungspunkte;
  - 992  eine leichte und klare Sprache bei der Kommunikation von Reglementen und Informationen  
993 (auch im Internet auf die Größe der Schrift achten);
  - 994  eine Anlaufstelle wo sich Zeit genommen wird die nötigen Erklärungen und Erläuterungen zu  
995 geben sowie Hilfestellung bei administrativen Fragen
  - 996  das Angebot des „Ruffbus“ ausbauen, um sich innerhalb der Gemeinde besser und schneller  
997 bewegen zu können;
  - 998  das Angebot an Freizeitaktivitäten den Wünschen der älteren Leute anpassen (laut Umfrage  
999 und Bedarfsanalyse 2022)

1000

1001 *Um möglichst lange autonom, in der gewohnten Umgebung leben zu können, sollen kommunale*  
1002 *Dienste weiterhin ausgebaut und verbessert werden.*

- 1003
- 1004  die Möglichkeit gesundes und ausgewogenes Essen auf Rädern zu einem sozialen Preis zu  
1005 bestellen, soll ausgebaut werden;
  - 1006  die Hilfestellung bei Reparaturen, im Haushalt, bei verschiedenen Botengängen, des „klengen  
1007 Ateliers“ des CIGL sollen weiter ausgebaut werden;
  - 1008  Einrichtung von dezentralen kommunalen Tagesstätten mit einem entsprechenden Angebot  
1009 an Freizeitaktivitäten für Senioren einrichten und die lokalen Seniorenvereine bei ihren  
1010 „Nachmittagen“ (porte ouverte) weiter unterstützen;

1011

1012 *Auf die Erfahrungen unserer älteren Mitbürger.innen sollten wir nicht verzichten und sie im Gegenteil*  
1013 *in die Mitte der Gesellschaft zurückholen, indem wir ihnen die Möglichkeit geben ihr Wissen und*  
1014 *Können einzusetzen und weiterzugeben.*

1015  
1016  
1017  
1018  
1019  
1020  
1021  
1022  
1023  
1024  
1025  
1026  
1027  
1028  
1029  
1030  
1031  
1032  
1033  
1034  
1035  
1036  
1037  
1038  
1039  
1040  
1041  
1042  
1043  
1044  
1045  
1046  
1047  
1048  
1049  
1050  
1051  
1052  
1053  
1054  
1055  
1056  
1057  
1058  
1059  
1060  
1061  
1062  
1063

- Vorlesestunden, Bastel- und Handarbeiten mit Omis und Opis in der Maison Relais;
- Informationsstelle einrichten oder Kontaktliste erstellen, wo Bürger.innen Fragen an „ältere Experten“ stellen können, z.Bsp beim Gartenbau, Handwerk, Geschichte der Gemeinde.

*Wohnen im Dritten Alter bedarf einer besonderen Aufmerksamkeit. Wir wollen:*

- für Senioren geeignete Wohnstrukturen in den Ortskernen zur Verfügung stellen, und dabei intergenerationelle Projekte in allen Bereichen des Zusammenlebens fördern;
- in Zusammenarbeit mit dem „Service Logement“, den älteren Menschen bei der Suche nach einem Untermieter helfen, oder einer altersgerechten Wohnung innerhalb der Gemeinde zu finden, oder beim Verkauf oder Vermietung der zu großgewordene Häuser oder Wohnungen für den Eigenbedarf vermitteln (junges Paar sucht Haus und möchte Wohnung tauschen...) Wir bedauern, dass die aktuelle Gemeindeführung kein zweites gemeindeeigenes Alters- und Pflegeheim übernehmen will und dieses ein privatbetriebenes Haus sein soll.
- (siehe auch Kapitel Finanzen zum Altersheimpreis)

*Am Ende des Lebens müssen wir alle, Abschied nehmen.*

- Unsere Gemeinde sollte sich Gedanken machen und neben den Friedhöfen und den Streuwiesen eine Stelle als „Bäschkierfeg“ designieren

## **Soziales und Solidarität**

*Das „Office social“ unserer Gemeinde leistet gute Arbeit, es kann aber nicht alle sozialen Fragen lösen. Deshalb wollen wir ein Ressort Sozialpolitik schaffen, mit einer beratenden Kommission, in der auch Sozialvereinigungen, Gewerkschaften usw. vertreten sind. Durch regelmäßige Berichterstattung, Organisieren von Foren (assises sociales), Unterbreitung neuer Vorschläge sollen so konkrete Maßnahmen auf allen Ebenen der Gemeindepolitik erfolgen.*

- Schaffung einer Sozialkommission und Organisieren von regelmäßigen „Assises sociales“.
- Haushalte sollen bei der gemeindeeigenen Teuerungszulage, nach Prüfung der Unterlagen und des Ablehnungsgrundes des Fonds National de Solidarité, dennoch unterstützt werden können, wenn sie das brauchen.
- Ein wichtiges Mittel der Armutsbekämpfung ist die Unentgeltlichkeit resp. Erschwinglichkeit der Gemeindedienste, damit keine Teuerungszulage für Taxenerhöhungen der Gemeinde mehr gebraucht wird.
- Sozialdienste der Gemeinde sollen sich die Mittel geben, die ihnen anvertrauten Menschen nicht nur als "Kunden" zu verwalten, sondern ihnen auch die Möglichkeiten geben, ihre Rechte als Mieter, Arbeitnehmer, Sozialversicherte besser zu kennen und einzuklagen und sich aktiv an Kultur und Sport zu beteiligen. Die Gemeinde sollte auch die kollektive Beteiligung der Menschen an den sie betreffenden sozialpolitischen Leitlinien und Entscheidungen proaktiv fördern.
- Die Gemeinde soll verstärkt regionale Strukturen unterstützen, die eine individuelle Beratung und Betreuung von sucht- und abhängigkeitsgefährdeten Menschen anbieten und im Bereich Prävention und Aufklärung enger mit ihnen zusammenarbeiten.

1064 **Menschen mit besonderen Bedürfnissen wahrnehmen**

1065

1066 *Kein Mensch darf aufgrund seiner Beeinträchtigung diskriminiert werden. Wir begrüßen die Eröffnung*  
1067 *des Restaurants „Mme Witze“ in Zusammenarbeit mit der „Trisomie 21“ nach ausländischem Vorbild.*  
1068 *Neben solchen spezifischen Projekten müssen aber viele weitere Schritte unternommen werden, um*  
1069 *eine barrierefreie und inklusive Gemeinde zu werden.*

1070

1071  Bei der Planung und Instandsetzung von öffentlichen Gebäuden müssen die besonderen  
1072 Bedürfnisse beeinträchtigter Menschen berücksichtigt werden; diese müssen, soweit wie  
1073 möglich, auch selber in die Planungsphase miteinbezogen werden.

1074  Der barrierefreie Zugang zu Bussen und Grünzonen muss gewährleistet sein. Öffentliche  
1075 Informationen müssen auch für Menschen mit Seh- und Hörschwierigkeiten zugänglich  
1076 gemacht werden.

1077 Weitere Ideen unter den Kapiteln: Wohnen, Schule, Arbeit.

1078

1079

1080 **Solidarität üben.**

1081

1082 *Wir sind stolz darauf, dass unsere Gemeinde Geflüchtete mit offenen Armen aufgenommen hat. Ebenso*  
1083 *zu begrüßen ist die Unterstützung von kooperativen Projekten im Ausland durch die Hilfsorganisation*  
1084 *„Suessem Hëllef“. Diese würdige und humanistische Politik soll weitergeführt werden. Spezifische*  
1085 *kommunalpolitische Akzente bringen ein Plus für die Menschen, die wir in Not aufnehmen und dienen*  
1086 *der Völkerverständigung.*

1087

1088  Die Gemeinde soll auch weiterhin die Aufnahme dieser Menschen in Sport- und Kulturvereinen  
1089 fördern (auch durch Subsidien).

1090  Ein Integrationsrundtisch mit Betroffenen, mit Einwohner.innen, mit aktiven Helfer.innen und  
1091 Verantwortungsträgern aus Organisationen soll bestehende Angebote auf ihren integrativen  
1092 Charakter überprüfen und Verbesserungsvorschläge ausarbeiten.

1093 Weitere Ideen unter den Kapiteln: Wohnen und Demokratie

1094

1095 **Kultur**

1096

1097 *Wir alle haben Recht auf Kultur. Dieser Grundsatz ist in der Allgemeinen Erklärung der*  
1098 *Menschenrechte verankert. Warum? Weil Kultur, mit all dem, was dieser Begriff beinhaltet,*  
1099 *sich durch alle Bereiche unseres Lebens, unserer Gesellschaft zieht. Kultur zu unterstützen und*  
1100 *zu ermöglichen, heißt also, das Zwischenmenschliche in unserer Gesellschaft als Säule unseres*  
1101 *Zusammenlebens anzuerkennen. Kultur lebt von der Vielfalt: Vielfalt an Herkünften, Vielfalt an*  
1102 *Generationen und Lebensläufen, Vielfalt an Meinungen!*

1103

1104 Eine gemeinsame Kultur schließt alle und alles ein: Bildung, Umwelt, Raumplanung, Wirtschaft,  
1105 Sozialpolitik und Wissenschaft. Hier kann eine Gemeinde wichtige Akzente für unser aller  
1106 Zusammenleben setzen!

1107

1108 In den nächsten Jahren wird es wichtig sein, dafür zu sorgen, dass jede Ortschaft die Möglichkeit  
1109 bekommt, sich kulturell weiter zu entfalten. Es fehlt in der Gemeinde, auf Grund von geographischen  
1110 Gegebenheiten, an einem zentralen Platz, an dem sich die Menschen regelmäßig sammeln und treffen.  
1111 Das bringt natürlich auch punkto Kommunikation manche Herausforderung mit sich. Daher wäre es  
1112 wichtig, mit den verschiedenen kulturellen Vereinen und gemeinsam mit den Bürger.innen in den  
1113 Ortschaften dafür zu sorgen, dass solche Plätze geschaffen werden können.

1114

1115 **Kulturelle Vielfalt fördern.**

1116

1117  Kleine, überschaubare und gut zugängliche Veranstaltungen, in allen Ortschaften.  
1118 Hauptpartner: lokale Vereine und KünstlerInnen. Neben der mobilen Bühne, sollten auch  
1119 kleinere Clubs oder Veranstaltungssäle entstehen, mit einem Fassungsvermögen von ungefähr  
1120 50-100 Menschen.

1121  Wichtig sind aber nicht nur Veranstaltungs- und Konzertsäle: Musikvereine brauchen auch und  
1122 vor allem Probesäle!

1123  Probesäle und kleinere, überschaubare Veranstaltungssäle sollten dann auch in die  
1124 Infrastruktur von Schulen, von der Maison Relais und die der Jugendhäuser mitgedacht  
1125 werden.

1126  Das Angebot an dezentralen Kultureinrichtungen (darunter eben auch Bibliotheken und  
1127 Mediatheken) auf Gemeindeebene, muss gefördert und mit Leben erfüllt werden. Wir hätten  
1128 hier in der Gemeinde auch genügend Ansprechpartner dafür. Man muss sie nur finden wollen!

1129  Lokale Künstler müssen noch verstärkt unterstützt werden, indem sie mittelfristig an die  
1130 Gemeinde gebunden werden (Künstlerresidenzen, Auftragsarbeiten, etc.). Der von der  
1131 Gemeinde geführte Artikuss wäre da ein wichtiger und sinnvoller Partner.

1132  "Artikuss": hier muss Klarheit geschaffen werden. Ist es ein Kulturzentrum, oder ein  
1133 Konzertsaal? Gibt es Statuten? Wer ist hier eigentlich verantwortlich, bzw, darf hier jeder.r  
1134 unabhängig von politischem Willen handeln? Ist das irgendwo schriftlich festgehalten? Fragen  
1135 über Fragen... die geklärt werden müssen, von allen betroffenen Akteuren:  
1136 Gemeindeverantwortliche, Bürger.innen, Kunstschaffende, etc.

1137  Gleichwertige Förderung der sogenannten "Hochkultur" und der sogenannten  
1138 "Alternativkultur": die Professionalisierung der kulturellen Szene ist zwar wichtig und richtig,  
1139 aber die kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft lebt auch und vor allem von den vielen  
1140 "Amateuren". Je mehr Menschen sich am kulturellen Leben einer Gemeinde beteiligen, desto  
1141 reicher wird diese Gemeinde!

1142  Kulturelle Vielfalt erreicht man aber nur, wenn man die Bevölkerung in die Planung des  
1143 kulturellen Angebots mit einbezieht! Auch hier spielt eine ernstgemeinte Bürgerbeteiligung  
1144 eine große Rolle!

1145

1146 **Kulturelles Erbe und Kollektives Gedächtnis wahren.**

1147

1148  Akte Knobelmuseum: Nun vegetiert diese hässliche Baustelle nun schon seit Jahren vor sich  
1149 hin, dabei hätte man hier so Vieles machen können: öffentliche Bibliothek,  
1150 Erwachsenenbildung, Dokumentationszentrum, etc. Ausserdem sind wir weiterhin der  
1151 Meinung, dass die Gemeinde an dem Konzept von einem Knobelmuseum hätte festhalten  
1152 sollen.

1153  Die Räumlichkeiten von "A Gadder" und dessen Archive werden ausgeweitet. Wir wünschen  
1154 uns ein Archiv, das als Bibliothek, Dokumentations- und Bildungszentrum für alle BürgerInnen  
1155 zugänglich ist. Hier könnten dann auch Kurse für Erwachsene angeboten werden.

1156  Suessemer Schlass: wir wissen, dass jetzt eine Hotelschule unmittelbar neben dem Schloss  
1157 gebaut werden soll, was mit dem Schloss selbst schlussendlich geschieht, kann keine.r sagen.  
1158 Wir aber müssen dafür sorgen, dass dieses Schloss uns erhalten bleibt und der umliegende  
1159 Park, der nun auch zu unserem kulturellen Erbe gehört, weiter für alle öffentlich zugänglich  
1160 bleibt. Verschiedene Räume im Schloss selbst sollen, Verlautbarungen nach, der Gemeinde für  
1161 kulturelle und zeremonielle Anlässe zur Verfügung stehen. (Synergien Gemeinde Staat).

1162  Die Schaffung von kulturellen Dritortorten (tiers lieux de rencontre) fördern, um die Kultur in der  
1163 Gemeinde und in der Region zu verankern, und das mit Beteiligung der BürgerInnen. Zum  
1164 Beispiel wurde ein neues Gebäude am Matgesfeld im Rahmen eines partizipativen Projekts  
1165 komplett renoviert. So könnten man so manch anderes Gebäude in der Gemeinde gestalten.

- 1166  Zären in Zolwer: nach dem sehr gelungenen Workshop und Brainstorming was nun den Erhalt  
1167 eines Teils der Gewächshausanlage angeht, sollten die entwickelten Ideen nicht in der  
1168 Schublade verschwinden, sondern an die beratenden Kommissionen weitergeleitet und zu  
1169 konkreten Projekten umformuliert werden.
- 1170  Bei der Erhaltung der Anlagen des Héichewen auf dem Plateau Belval soll unsere Gemeinde  
1171 sich beteiligen und dahinwirken, dass ein integrierter Fahrstuhl endlich realisiert werden kann,  
1172 damit die noch lebenden ehemaligen Arbeiter auf ARBED den Hochofen „besteigen“ und  
1173 besuchen können.

1174

#### 1175 **Kultur - Nicht “exklusiv”, sondern “inklusiv” denken.**

1176

- 1177  Wir brauchen einen Gemeindefinternen Kulturentwicklungsplan, der, pro Ortschaft in  
1178 regelmäßigen Kulturkonferenzen mit den Bürgern zusammen ausgearbeitet wird, auch und  
1179 vor allem um gemeinsam die Prioritäten der kommunalen Kulturpolitik festzulegen.
- 1180  Assisen sollen ein Mittel sind, Bürger.innen und Kommissionen mit in den Prozess einer  
1181 kulturellen Entwicklung einzubeziehen. Assisen dürfen kein Selbstzweck sein oder vom  
1182 Schöfferrat als Propagandawerkzeug missbraucht werden!
- 1183  Es muss sichergestellt werden, dass die Kultur einen Platz auf den Straßen und Plätzen unserer  
1184 Ortschaften hat, dass die Kultur sichtbar gemacht wird! Wir müssen die Kultur aus ihren  
1185 spezialisierten Räumen rausholen und Bürger.innen in Kulturprojekte miteinbeziehen!

1186

#### 1187 **Sport**

1188

1189 *Was für die Kultur gilt, gilt auch für den Sport: Sport vereint und hilft, Vorurteile abzubauen,*  
1190 *denn beides sind universale Sprachen, die Menschen aller Kulturen verbinden. Bewegung an*  
1191 *der frischen Luft tut allen gut und deshalb sind die Orte, wo alle Freizeitsport betreiben und*  
1192 *Erholung genießen können so wichtig.*

1193

- 1194  Nachdem der Galgebierg ausgebaut und neugestaltet wurde sind sowohl individueller  
1195 Freizeitsport und geselliges Entspannen, nach Belieben kombinierbar, wieder möglich.
- 1196  Mit der Realisierung des geplanten „Naturléierpad“ von natur&ëmwelt auf dem Zolverknapp,  
1197 wird eine weitere Bereicherung und Anziehungspunkt für die ganze Familie eröffnet werden  
1198 können.
- 1199  Unsere Radwege und Spazierwege müssen flächendeckend erweitert, untereinander  
1200 verbunden und so konzipiert werden, dass sich Radfahrer.innen, Jogger.innen sowie  
1201 Spaziergänger.innen mit Hund nicht gegenseitig behindern und sicher sind.
- 1202  Aber auch die vielen Sportvereine brauchen die Unterstützung der Gemeinde (logistisch und  
1203 finanziell) um zu bestehen.
- 1204  Unsere Gemeinde hat in der vergangenen Mandatsperioden viel in den Bau von  
1205 Sportinfrastrukturen und Gebäuden investiert (Hallenböden, künstlicher und natürlicher  
1206 Sportrasen). Wir sind weiterhin für Public-Public-Partnership-Projekte und gegen die  
1207 Privatisierung von Kultur- und Sportanlagen, die von der Allgemeinheit genutzt werden sollen.
- 1208  Die Sportvereine werden auch weiterhin subventioniert und bei größeren Events oder  
1209 Ausgaben logistisch unterstützt oder bezuschusst.
- 1210  Der Preis „Sportif méritant“ soll als eine symbolische Anerkennung für die Leistungen unserer  
1211 Sportler.innen beibehalten werden.
- 1212  Anerkennung und Dank verdienen aber auch die vielen „freiwilligen Helfern“, ohne die die  
1213 Vereine nicht funktionieren könnten.
- 1214  Neben dem Vereinssport soll auch der Breiten- und Freizeitsport, der Schulsport (LASEP) und  
1215 der Sport im Alter gefördert werden: Sportgelegenheiten sollen auch nicht-organisierten  
1216 BürgerInnen, allen voran auch Jugendlichen und Studierenden, zur Verfügung stehen.

- 1217  
1218  
1219  
1220  
1221  
1222  
1223  
1224  
1225  
1226
- ☑ Das Projekt des MENJE, eine komplette, zusätzliche Sportinfrastruktur auf Belval einzurichten, die prioritär an Wochentagen den Kindern und Studierenden zur Verfügung stehen, ebenso wie (außerhalb der Unterrichtsstunden) Vereinen und der Bevölkerung, soll mit Leben erfüllt werden.
  - ☑ Radfahren und Wandern als Bewegungs- und Transportmittel werden immer beliebter – und hier sollen Staat und Gemeinde massiv nachbessern, um ein zusammenhängendes und sicheres „Verkehrsnetz“ zu erstellen (weitere Ideen unter Kapitel Verkehr).
  - ☑ Ein Infolyer, mit allen Möglichkeiten wo in unserer Gemeinde Freizeitsport betrieben werden kann, wäre hilfreich für alle.

1227 **C) SUESSEM brauch méi Bedeelegung**

1228

1229 **Demokratie, Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung**

1230

1231 *Um unsere Demokratie zu stärken und um sie nicht zu einer Floskel verkommen zu lassen, braucht es*  
1232 *politischen Willen. Menschen müssen als gleichberechtigte Partner in Diskussions-, Planungs- und*  
1233 *Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Hier fahren wir als Gesellschaft immer die gleiche*  
1234 *Schiene: "die da oben" und "wir da unten". déi Lénk setzt sich seit jeher dafür ein, dass unsere*  
1235 *repräsentative Demokratie mit einer partizipativen Demokratie ergänzt wird, so dass jede.r sich*  
1236 *verantwortlich fühlt und auch tatsächlich mit einbezogen wird!*

1237

1238 **Gleichstellung aller Gemeinderät.innen.**

1239

- 1240  Leider bleibt unsere Forderung vom letzten Wahlprogramm auch hier noch aktuell: der  
1241 Schöfferrat müsste eigentlich selber darauf bestehen, dass alle Gemeinderät.innen, also auch  
1242 die der Opposition, von Anfang an in neue Planungen und Diskussionen eingebunden werden.  
1243 Es kann nicht sein, dass die nötigen Informationen bis kurz vor dem Votum auf sich warten  
1244 lassen, so wie es beispielsweise in der Akte SNHBM (Belval-Nord), bei den Wassertaxen und  
1245 Mülltaxen der Fall war. Wie sollen gewählte Gemeinderät.innen ihrer Verantwortung gerecht  
1246 werden und mit gutem Gewissen und Wissensstand abstimmen, wenn sich nicht mal die  
1247 Möglichkeit hatten, sich mit den verschiedenen Informationen auseinanderzusetzen?
- 1248  Gutachten, oder Empfehlungen höherer Instanzen (zB Raumplanungsamt, Umweltverwaltung,  
1249 etc), die bei verschiedenen Projekten zwingend eingeholt werden müssen, sollten vom  
1250 Schöfferrat so gut wie möglich berücksichtigt werden; sollte dies ihrer Meinung nach nicht  
1251 möglich sein, dann muss dies dem Gemeinderat gegenüber öffentlich gerechtfertigt werden.
- 1252  Im Sinne einer größtmöglichen Transparenz bei den Entscheidungsfindungen, fordern wir, dass  
1253 die von uns gewählten Gemeinderät.innen und die von uns genannten Kommissionsmitglieder  
1254 offenlegen, in welchen Verwaltungsräten und Vorständen sie Mitglied sind. Dies ist bei den  
1255 Abgeordneten des Parlaments übrigens schon längst der Fall.

1256

1257 **Transparente und zeitnahe Informationspolitik.**

1258

- 1259  Die Berichte der beratenden Gemeindegremien müssen der Öffentlichkeit zugänglich  
1260 gemacht werden, mit Ausnahme der Behandlung von persönlichen Angelegenheiten.
- 1261  Die Stellungnahmen oder Empfehlungen der Kommissionen zu künftigen Projekten der  
1262 Gemeinde müssen vom Schöffenkollégium so weit wie möglich berücksichtigt und umgesetzt  
1263 werden.
- 1264  Kommissionen sollten für BürgerInnen geöffnet werden. Falls dies nicht gewollt ist, dann sollte  
1265 man sich ernsthaft überlegen, einen Bürgerrat zu gründen, dessen Stellungnahmen und  
1266 Empfehlungen vom Schöffenkollégium unbedingt berücksichtigt und unter Umständen  
1267 umgesetzt werden müssen. Die Zusammenstellung dieses Bürgerrats oder dieses  
1268 Bürgerkomitees könnte nach dem Losprinzip entschieden werden. Und jede Ortschaft wäre  
1269 darin vertreten.
- 1270  Die Gemeinderatssitzungen müssen auch endlich live übertragen werden, sodass Menschen  
1271 auch die reelle Diskussionskultur im Gemeinderat erleben können. Wir bleiben daher bei  
1272 unserer Forderung nach einer direkten Videoübertragung (online) der gesamten Sitzung des  
1273 Gemeinderats.
- 1274  Wir fordern eine systematische Einbindung der Bürger.innen in die konzeptionelle Planung der  
1275 Gemeinden, durch die Einführung von Gemeindeforen.

- 1276  
1277  
1278  
1279  
1280  
1281  
1282  
1283  
1284  
1285  
1286  
1287
- ☑ Wir wollen also, dass interessierte Bürger konsequent in die Organisation und Arbeit der beratenden Ausschüsse mit eingebunden werden. Diese Einbindung könnte kurz nach den Wahlen durch öffentliche Aufrufe und einer aktiven Anwerbung lokaler Organisationen und Vereine erfolgen. Jede Ortschaft braucht Räumlichkeiten, die es allen ermöglichen, sich zu treffen, sich auszutauschen und sich auf politischer Ebene zu äußern.
  - ☑ Wir fordern eine jährliche Informations- und Konsultationsveranstaltung in allen Ortschaften, über die für das kommende Jahr geplanten Infrastrukturarbeiten, gefolgt von einem ausführlichen Bericht an alle betroffenen Haushalte.
  - ☑ Leider noch immer aktuell: wir schlagen die Aufstellung einer kommunalen Charta für Bürger.innenrechte vor. Idealerweise, würde diese Charta dann auch von und mit den Bürger.innen der Gemeinde Sanem diskutiert und angenommen.

1288 **Informieren ≠ kommunizieren, mit einbeziehen.**

1289

- 1290  
1291  
1292  
1293  
1294  
1295  
1296  
1297  
1298  
1299  
1300  
1301  
1302  
1303  
1304  
1305  
1306  
1307  
1308
- ☑ Der von der Gemeinde unterschriebene “Pakt vom Zesummeliewen”, soll dafür sorgen, dass wir alle ein besseres Verständnis dafür bekommen, wer in unserer Gemeinde lebt und welche Ansprüche sie erheben, welche Wünsche und Bedürfnisse sie haben.
  - ☑ Der Prozentsatz von Menschen ohne Luxemburger Pass, die sich auf die Wählerliste eingeschrieben, ist noch viel zu gering. Wir müssen hier noch gezielter Informations- und Überzeugungsarbeit leisten.
  - ☑ Assisen und Foren interessant gestalten, ist eine Sache. Assisen zu einem “Event” verkommen zu lassen, eine andere. Events organisieren, kann das teils mühsame und zeitintensive Miteinbeziehen der Bevölkerung nicht ersetzen! Wirkliche Bürgerbeteiligung braucht Zeit und Wille!
  - ☑ Unsere Gemeinde informiert viel, aber sie kommuniziert nicht gut und ungenügend.
  - ☑ Wir müssen uns gemeinsam überlegen, wie wir die Menschen erreichen können, die wir durch den Verzicht auf Papiereinladungen verloren haben? Alles über soziale Medien laufen zu lassen, ist unzureichend. Wir brauchen in allen Ortschaften Anzeigetafeln!
  - ☑ Kuerz & Knapp muss ein Gemeindeblatt sein und bleiben und darf nicht das Sprachrohr einer Bürgermeisterin sein. Hier verlangen wir mehr Neutralität und Vielfalt!
  - ☑ Ein großes Plus wäre die Einführung einer neuen Rubrik „Leichte Sprache“, mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Informationen der Gemeinde, die auch als App abgerufen werden könnte.

1309 **Sanem als “Safe space” – für ALLE!**

1310

- 1311  
1312  
1313  
1314  
1315  
1316  
1317  
1318  
1319  
1320  
1321  
1322  
1323  
1324
- ☑ Wir ermutigen die Gemeinde weiterhin dafür zu sorgen, dass queere Menschen sich hier sicher fühlen.
  - ☑ Neben der Aufklärung, die in der Schule stattfindet, wäre es auch wünschenswert dass die Gemeinde Veranstaltungen organisiert, bei denen auch ältere Mitbürger.innen aufgeklärt werden können (was bringt die genderneutrale Sprache?; wofür steht LGBTQA+?; etc.), oder bei denen sich Menschen generationsübergreifend über queere Themen austauschen können.
  - ☑ „Safe spaces“ müssen vermehrt sichtbar gemacht werden: zB könnte man Cafés, Restaurants und anderen Begegnungsorten ans Herz legen, eine Regenbogenflagge oder einen Regenbogenaufkleber im Eingang sichtbar anzubringen, um damit zu signalisieren, dass alle willkommen und sicher sind. Man könnte sich das auch für sportliche Veranstaltungen vorstellen, weil viele Sportler.innen auch eine Vorbildfunktion haben.
  - ☑ Vielleicht könnte man darüber nachdenken, ein südliches „Rainbow-Haus“ (Beispiel Luxemburg-Stadt) hier in die Region einzurichten. Die Gemeinde Sanem könnte da eine Vorreiterrolle übernehmen.